

Die 'Freiheit' erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Abholung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M. Im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Vorkasse nehmen sämtliche Verordnungen Befragungen entgegen. Unter Circulation bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M. Inländische Postgebühren, per Viertel für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Große Straße 148.

Die abgedruckten Korrespondenzen über deren Raum kostet 2,- M. einschließlich Fernschreibgebühren. Kleine Anzeigen: Das fertige Blatt kostet 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Fernschreibgebühren. Bekannte Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gebote 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen das fertige Blatt 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Bezugspreis: Postum 2030, 2045, 4510, 4523, 4535, 4540, 4521

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Das Ultimatum der Entente

Frist bis Montag Mittag

London, 3. März.

Der Deutsche Bericht über die heutige Sitzung der Londoner Konferenz lautet: Die heutige Sitzung der Konferenz fand um 12 Uhr mittags im St. James-Palast statt. An ihr nahmen außer der deutschen Delegation die englische, französische, italienische, japanische und belgische Delegation teil. Von deutscher Seite waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann, Schröder und Sewald, die Ministerialdirektoren von Simson und von De Selve, der Vizepräsident der Konferenz von Meinel anwesend.

Lloyd George ergriff sofort nach Beginn der Sitzung das Wort, um die Antwort der Alliierten auf die deutschen Gegenvorschläge zu geben. In längerer Rede führte er aus, daß die deutschen Vorschläge einen Angriff gegen den Grundgedanken des Versailler Friedensvertrages darstellten. Es läge durchaus nicht in der Absicht der Alliierten, Deutschland zu unterdrücken. Im Gegenteil, diese seien davon überzeugt, daß ein freies, zufriedenes und blühendes Deutschland eine notwendige Vorbedingung für den Frieden und das Wohlergehen Europas sei. Deutschland habe im Friedensvertrag seine Verantwortlichkeit für den Krieg anerkannt und habe deshalb für die Kriegsschäden Reparation zu leisten. Es sei bereits ein weitgehendes Entgegenkommen der Alliierten, daß sie im Gegensatz zu den Frankfurter Friedensverhandlungen von 1870 auf den Ersatz sämtlicher Kriegskosten verzichtet hätten. Er sei der Meinung, daß das deutsche Volk noch nicht genügend den Umfang der Reparationen würdige, die durch den von dem kaiserlichen Deutschland heraufbeschworenen Krieg verursacht seien. In längerer Ausführung hierzu schloß Lloyd George die Bemerkungen und Zerkürungen; die in den alliierten Ländern, insbesondere in Frankreich, angerichtet seien, und die nur zum geringen Teile von kriegerischen Operationen herrührten.

Die Alliierten wären durchaus geneigt gewesen, die deutschen Vorschläge mit vollem Ernst zu prüfen. Wenn Deutschland zum Beispiel eine Verlängerung der Zahlungsfrist von 42 Jahren gefordert oder anstatt der 12 Prozent Auszahlung eine kleinere Summe entwerfende gleichwertige Maßnahme vorgeschlagen hätte, so hätte hierüber gesprochen werden können. Demgegenüber müsse er aber feststellen, daß die deutschen Gegenvorschläge als Grundlage einer Besprechung oder Prüfung völlig ungeeignet seien, im Gegenteil eine Beleidigung und Herausforderung der Alliierten bildeten. Berücksichtigt man, daß Deutschland im übrigen schon in vielfacher Hinsicht den Friedensvertrag von Versailles verletzt habe, so müsse man zu der Folgerung kommen, daß die Deutsche Regierung ihren Verpflichtungen nicht nachkommen wolle, oder was noch schlimmer sei, die Kraft nicht habe, ihren Willen durchzusetzen. Angesichts dieser Sachlage habe er namens der Alliierten die Deutsche Regierung aufgefordert, bis Montag Mittag eine Antwort zu geben, ob sie die Pariser Beschlüsse annehme oder Gegenvorschläge zu unterbreiten, die eine gleichwertige Ausführung der aus dem Friedensvertrage Deutschland obliegenden Verpflichtungen sicherstellen. Andererseits würden

1. Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf sofort besetzt werden,
 2. die Alliierten von ihren Parlamenten die Genehmigung einholen, von jeder Zahlung für Waren aus deutschen Versicherungen einen prozentualen Abzug für Reparationszwecke einzubehalten,
 3. die an der Westgrenze eingehenden Zolleinnahmen unter Aufrechterhaltung des deutschen Tarifs beschlagnahmt, und eine neue Zollgrenze am Rhein errichtet werden, an welcher nach den Festlegungen der internationalen Rheinlandkommission Export- und Importzölle erhoben werden.
- Lloyd George schloß seine Rede mit der Frage, ob Dr. Simons gleich eine Antwort geben wolle oder eine neue Sitzung heute nachmittags vorziehe.

Reichsminister Dr. Simons entgegnete, die Rede des Herrn Lloyd George würde mit der Sorgfalt geprüft werden, die ihrem Umfang und ihrer Bedeutung entspreche. Die Delegation werde die Antwort bis Montag mittags erteilen. Im übrigen legte Dr. Simons dagegen Berührung ein, daß Herr Lloyd George die Absichten der deutschen Regierung unrichtig beurteile und betonte, daß für die von den Alliierten angeordneten Zwangsmassnahmen nach Ansicht der deutschen Regierung keinerlei Anlaß vorliege.

Die Reparationsfrage

Paris, 2. März.

Die Reparationskommission hat der Agence Havas eine Mitteilung zugestellt, in der es u. a. heißt: Die Reparationskommission hat der Deutschen Regierung am 28. Februar 1921 eine Mitteilung über die auf Grund des Artikels 235 des Versailler Friedensvertrages bis Ende April 1921 fälligen Leistungen im Werte von 20 Milliarden Goldmark zugestellt. Die Deutsche Regierung hatte in einer Denkschrift vom 26. Januar 1921 versichert, sie habe bereits die fraglichen 20 Milliarden Goldmark bezahlt. Mit Bezug hierauf hat die Reparationskom-

mission in ihrer Mitteilung an die Deutsche Regierung erklärt, daß es unmöglich sei, vor Ende April eine genaue Berechnung des Wertes der bis zu diesem Datum erfolgten Leistungen aufzustellen.

Es sei schwierig, politische Informationen zu erhalten oder mit Genauigkeit gewisse Kategorien von Lieferungen (wie z. B. das nach dem Waffenstillstand auszufertigende Material) zu bewerten. Die Kommission bemerkt: Das Verlangen, den Wert des Kapitals der deutschen Güter in den abgetretenen Gebieten Deutschland gut zu schreiben, sei gemäß Artikel 235 unzulässig. Selbst wenn angenommen werde, 1. daß die deutsche Handelsflotte und das ausgelieferte Material einen Wert von 2 Milliarden anstatt 1 Milliarde ausmache, 2. daß Deutschland alle für Rechnung der Besatzungsheere und für den Einkauf von Lebensmitteln verausgabten Beträge — wenn zu diesem auch keine Ermächtigung erteilt war — gutgeschrieben werden und 3. daß alle anderen Zahlengaben Deutschlands korrekt seien, so überbliebe das ungedeckte Saldo immer noch 12 Milliarden Goldmark. Die Kommission hat infolgedessen die deutsche Regierung aufgefordert, ihr alle zweckmäßigen Bemerkungen bezüglich der Art, in der sie den Verpflichtungen nach Artikel 235 nachkommen wolle, zu unterbreiten.

WZ bemerkt dazu: Die willkürliche Schätzung der Reparationskommission entspricht in keiner Weise unseren Leistungen. Kommt es in London zu weiteren Beratungen, so wird diese Frage aufgearbeitet werden müssen. Auf das Anerbieten der deutschen Delegation, eine gemischte Kommission zur Nachprüfung der geleisteten Werte einzusetzen, wird verwiesen.

Die Antwort der Entente

Die Antwort der Alliierten ist in einem sehr schroffen Tone gehalten. Die deutschen Vorschläge werden nicht nur als völlig ungeeignete Grundlage für eine Besprechung erklärt, sondern sogar als Beleidigung und Herausforderung der Alliierten bezeichnet. Zugleich werden die Strafmaßnahmen, die unmittelbar erfolgen sollen, aufgezählt. Sie bedeuten die wirtschaftliche Abschneidung des Rheinlandes vom übrigen Deutschland durch eine Zollgrenze am Rhein, die Konfiskation der an der bisherigen Westgrenze eingehenden Zolleinnahmen und die Beschlagnahme eines Teiles der Zahlungen, die für aus Deutschland eingeführte Waren in den Ländern der Entente zu leisten sind. Dazu kommt die militärische Besetzung von Duisburg, Ruhrort und Düsseldorf, der drei bedeutendsten Rheinhäfen, die namentlich für den Umschlag der Ruhrkohle nach Süddeutschland von entscheidender Bedeutung sind.

Diese Maßnahmen stellen insgesamt eine außerordentlich schwere wirtschaftliche Schädigung Deutschlands dar. Da der Handelsverkehr nach dem Osten für die nächste Zeit von untergeordneter Bedeutung ist, bedeuten sie eine außerordentliche Erschwerung des deutschen Außenhandels. Zugleich gerät der ganze Außenhandel unter die Kontrolle der ausländischen Zollaufsicht. Die schwere Beeinträchtigung des eben erst wieder sich belebenden deutschen Außenhandels bewirkt zugleich auch eine entsprechende Erschwerung der Einfuhr, eine zunehmende Zerrüttung der Weltwirtschaft und eine Verschärfung der Wirtschaftskrise. Eine schöne Art des Wiederaufbaues und der Wiedergutmachung!

So schroff aber die Antwort der Entente klingt, läßt sie doch, wenn auch nur eine ganz geringe Möglichkeit zu weiteren Verhandlungen offen. Bis Montag mittags kann die deutsche Regierung nochmals Gegenvorschläge unterbreiten, die eine den Pariser Beschlüssen gleichwertige Ausführung der aus dem Friedensvertrage Deutschland obliegenden Verpflichtungen sicherstellen.

Damit ist eine letzte Möglichkeit, doch noch zu einer Vereinbarung zu gelangen, übrig gelassen. Auch die Entente schaut vor der gewaltsamen Lösung zurück, in der Erkenntnis, daß auch die härteste Gewaltanwendung die wirtschaftlichen Probleme um keinen Schritt weiter bringt. Jedenfalls muß die deutsche Regierung diese letzte Möglichkeit ausnützen, und wir möchten nur wünschen, daß sie bei diesem Versuch etwas glücklicher und geschickter verfährt als bisher.

Wir haben wiederholt betont, daß die Abschneidung der Leistungsfähigkeit der deutschen oder einer anderen Volkswirtschaft für einen Zeitraum von 30 oder gar von 42 Jahren eine in Wirklichkeit nicht zu lösende Aufgabe darstellt. Ist es doch unter den gegenwärtigen Umständen außerordentlich schwierig, selbst über den augenblicklichen Grad dieser Leistungsfähigkeit mit einiger Sicherheit zu urteilen. Immerhin gehen die Vorschläge der Entente und der deutschen Regierung über die Zahlung für die Periode der nächsten 5 Jahre nicht gar sehr auseinander. In Paris wurden für dieses Jahr fünf 13 Milliarden in Jahresraten gefordert. Dazu käme dann noch die Exportabgabe, die für diese Periode wohl kaum mehr als 3 Milliarden betragen würde. Die deutsche Regierung bietet 5 Jahresraten zu einer Milliarde und außerdem eine von ihr garantierte Anleihe von 8 Milliarden, also ebenfalls 13 Milliarden. Für das erste Jahr fünf wäre also die Differenz nicht unüberbrückbar. Und man sollte meinen, daß sich da doch noch ein Ausweg zeigt, um die Wiederaufnahme des Krieges zu verhindern.

Aber es wäre töricht, sich zu verhehlen, daß die Hoffnung auf eine friedliche Lösung außer-

ordentlich gering ist. In allen Ländern herrscht der nationalistiche Unverstand und kapitalistischer Konkurrenzstreit hindert jede ökonomisch richtige und mögliche Lösung. Wieder bedroht ein Chaos und Glend imperialistischer Machtpolitik die Welt. Aber wie der Krieg mit einer gewaltigen sozialen Erschütterung geendet hat, so bedeute seine Wiederaufnahme nur eine ungeheure Vermehrung der sozialen Spannungen in allen Ländern und die Regierungen, die heute in London verhandeln, werden vielleicht in kurzer Zeit ohnmächtig den Kräften gegenüberstehen, die sie da entfeuern.

Die Rede Lloyd Georges

London, 3. März.

Die Rede Lloyd Georges in der heutigen Sitzung der Konferenz hatte folgenden Wortlaut:

Herr Dr. Simons und meine Herren! Meine Kollegen von der britischen und den alliierten Regierungen haben mich ersucht, in ihrem Namen mich zu der Rede, die Herr Dr. Simons am Dienstag gehalten hat, und zu dem Schriftstück, das er anschließend überreichte, zu äußern. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß die von Herrn Dr. Simons im Namen der Deutschen Regierung gemachten Darlegungen

eine ausgesprochene Herausforderung

gegenüber den grundlegenden Bedingungen des Versailler Friedensvertrages darstellen, und daß sie dementsprechend behandelt werden müssen. Die Pariser Vorschläge brachten, der Linie von Voulagne und Brüssel folgend, eine wesentliche Erleichterung der Gesamtforderung des Vertrages sowohl hinsichtlich der Entlastung als auch der Reparation. Diese Vorschläge waren in nachgiebigem Geiste gemacht worden, um eine freundschaftliche Regelung mit Deutschland herbeizuführen, die Gegenwärtigen sparten des Vertrages. Die Alliierten kommen zu diesem Schluß nicht nur aus dem Charakter dieser Gegenvorschläge selbst heraus, sondern auch auf Grund ihrer Kenntnisnahme der Rede, die Herr Dr. Simons in Deutschland auf die Pariser Vorschläge hin gehalten hat, und der Unterführung, die diesen Reden in der deutschen Presse und im Reichstag zuteil geworden ist. Eine der ersten Feststellungen, die er machte, war in einer, wenn ich mich recht entsinnere, in Stuttgart gehaltenen Rede enthalten, wo er die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg zurückwies. Diese Zurückweisung fand in ganz Deutschland Beifall und kann daher als Kennzeichen der wahren Haltung Deutschlands dem Friedensvertrag gegenüber angesehen werden.

Für die Alliierten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg grundlegend. Sie ist die Basis, auf der das Gebäude des Vertrages errichtet worden ist, und wenn dies Anerkenntnis verweigert oder ausgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig. Die Alliierten fühlen daher, daß sie die Tatsache in Rechnung ziehen müssen, daß die deutsche Regierung mit offener Unterführung der deutschen öffentlichen Meinung die eigentliche Grundlage des Vertrages von Versailles anfechtet. Vorschläge, wie die durch Dr. Simons gemachten, sind einfach die notwendige Folgerung aus dieser neuen Haltung. Wenn Deutschland in dieser Gemütsverfassung an seine Verpflichtungen herangeht, sind solche Vorschläge unannehmlich. Wir wünschen deshalb ein für allemal es ganz klar auszusprechen, daß die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg als causa iure (endgültiges Urteil) behandelt wird. Der

Vertrag von Frankfurt im Jahre 1871

wurde auf die Annahme begründet, daß Frankreich im Unrecht war; infolgedessen verlangte Deutschland nicht nur Reparation, sondern Zahlung der gesamten Kriegskosten durch Frankreich. Deutschland würde niemals Frankreich gestatten, jenes Urteil anzuschauen, und wir müssen darauf bestehen, daß das Urteil des jetzt vergangenen Krieges, das sich auf die erklärte Zustimmung fast der gesamten zivilisierten Welt stützen konnte, respektiert wird. Bis Deutschland diese Lage der Dinge annimmt und darin einwilligt, seine Verpflichtungen entsprechend auszulösen, wird diese Konferenz vergeblich sein. Eine genaue Prüfung der in Deutschland gehaltenen Reden und der in der deutschen Presse erscheinenden Artikel hat mich wider Willen, sehr wider Willen, zu dem Schluß getrieben, daß Deutschland nicht im geringsten den wahren Charakter der an es gerichteten Forderungen erfährt. Ich verfolge diese sehr genau. Die deutsche Bevölkerung steht unter dem Eindruck, daß unsere Forderungen eine unerträgliche Bedrückung darstellen und bestimmt sind, ihr großes Land zu zerstören und ihr großes Volk zu vernichten.

Lassen Sie mich von vornherein sagen, daß wir ein freies, ein zufriedenes und gedeihliches Deutschland als wesentlich für die Zivilisation ansehen, und daß wir ein unzufriedenes und verfallenes Deutschland

für eine Bedrohung

und eine Last für die europäische Zivilisation ansehen. Wir haben nicht den Wunsch Deutschland zu unterdrücken, wir haben nicht den Wunsch dem deutschen Volk eine Knechtschaft aufzulegen. Wir fordern einfach, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt, die es zur Reparation von Schäden auf sich genommen hat, welche durch einen Krieg verursacht sind, für dessen Herausforderung keine kaiserliche Regierung verantwortlich war. Im Frankfurter Vertrage legte Deutschland den Grundhahn fest, und handelte danach, daß die Nation, welche für die Herausforderung zu einem Kriege verantwortlich war, die Kosten des Krieges bezahlen müsse. Wir verlangen nicht die Kosten des Krieges, nicht ein Groschen, nicht einen Groschen! Wir geben nicht so weit wie der Grundhahn des Frankfurter Vertrages. Die Kriegskosten der alliierten Länder insgesamt sind so ungeheuer, daß es ganz unmöglich sein würde von irgend einem Lande, irgend einem einzelnen Lande, ihre Tragung zu verlangen. Das müssen wir uns stets vergegenwärtigen.

Wir alle können unter einer Last von Steuern zur Bezahlung von Schulden, die wir eingegangen sind, um uns in diesem Kriege

zu verteidigen. Sie sämtlich einem Lande aufzubürden, darüber sind wir uns völlig klar, würde ein unmöglicher Vorstoß sein. Wir haben daher mit Bedacht im Versailleser Vertrag von Deutschland nicht verlangt, eine einzige Papiermark für die Kosten zu zahlen, die die alliierten Länder bei ihrer Verteidigung in diesem Kriege auf sich genommen haben. Was haben wir denn dann von Deutschland verlangt? Ich meine, es ist wichtig, daß die deutsche Öffentlichkeit durchaus den Charakter unserer Forderung versteht, denn ich bin sicher, daß sie sie nicht richtig einschätzt.

Sizung des Reichskabinetts

Das Reichskabinetts beschäftigte sich am Donnerstag mit den Meldungen über die Sizung der Londoner Konferenz. Auf Grund der vorliegenden, noch unvollständigen Nachrichten beschränkte sich das Kabinetts darauf, die Bedeutung der von Lloyd George angeforderten Maßnahmen vorläufig durchzusprechen.

Englische Pressestimmen

St. London, 3. März.

„Times“ melden, es sei möglich, daß Deutschland eine Reihe neuer Vorschläge einreichen wird. Es gehen Gerüchte, daß Deutschland neue Vorschläge vorgelegt hat und u. a. vorschlagen wird, eine internationale Kommission zur Regelung des Außenhandels zu bilden.

Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ meldet voller Enttäuschung, daß die deutsche Delegation in London einige deutliche Flugblätter drucken ließe, die gegen die Mitglieder des Unterhauses gegeben wurden. In einem dieser Flugblätter wird betont, daß die deutschen Steuern verhältnismäßig viel höher sind als in England und Frankreich.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News“ drahtet, Deutschland befinde sich bezüglich der Sanktionen in einer starken Lage, da die Ausführung der Sanktionen den Alliierten vielmehr Unannehmlichkeiten und Komplikationen bringen wird, als Deutschland selbst. Die Großindustrie in Deutschland habe sehr gut begriffen, daß eine Flottendemonstration vor Hamburg und eine Besetzung des Ruhrkohlenbeckens durch Frankreich zwar sehr theatralisch wirken, aber wenig praktische Erfolge bringen würde. Für den endgültigen wirtschaftlichen Aufbau Europas und die Entzerrung des Schopenhagens durch Frankreich sei damit nicht viel zu erhoffen. Der Handel zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten lebe wieder auf und die deutsche Bevölkerung in den Vereinigten Staaten tue ihr Möglichstes, um dem Vaterlande Hilfe zu leisten. Im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer amerikanischen Unterstützung für jede neue internationale Anleihe müsse die Haltung Amerikas von großem Interesse sein, wenn die Alliierten gegebenenfalls dazu übergehen, die Sanktionen durchzuführen. Da nach dem Versailleser Vertrag Sanktionen nur am 1. Mai angewendet werden können, drücken die Blätter insbesondere die Ansicht der Kommission der englischen und französischen Juristen ab, die die sofortige Anwendung der Sanktionen als gerechtfertigt betrachten, da Deutschland bereits mehrere Verpflichtungen des Versailleser Abkommens nicht erfüllt hat.

Die amerikanische Außenpolitik

Hardings Programm

St. Washington, 3. März.

Der amerikanische Senat sprach sich in einer Geheim Sitzung, die sieben Stunden dauerte, über die Lage aus und erklärte sich für eine direkte Unterhandlung mit England und Japan zwecks Einschränkung der Rüstungen.

„Chicago Tribune“ meldet, daß das Programm Hardings, der morgen sein Amt antritt, über die internationale Politik folgende Punkte enthalten wird.

- 1. Friedensschluß mit Deutschland in Uebereinstimmung mit der Entschließung des Senators Lodge, die von Wilson verworfen wurde.
- 2. Einreichung von Vorschlägen an die ausländischen Regierungen bezüglich einer Uebereinkunft zur Beschränkung der Rüstungen.
- 3. Gründung eines internationalen Gerichtshofes.
- 4. Die Einberufung einer internationalen Konferenz zur Regelung derjenigen politischen Angelegenheiten, die nicht in den Wirkungsbereich des Gerichtshofes fallen. Die Konferenz soll die Maßnahmen besprechen, um zu einem Weltfrieden zu gelangen. Das Programm wird ferner fordern, daß der Versailleser Vertrag verworfen wird und gleichzeitig eine Reorganisation des Völkerbundes vorschlagen.

Der Ueberfall auf Georgien

Von georgischer Seite wird uns folgende Drahtmeldung aus Kutais zur Verfügung gestellt:

Vom Norden überfielen uns bei Gagra (am Schwarzen Meer) gewaltige russische Heeresmassen. Unsere Truppen leisteten heldenhaften Widerstand, konnten aber den Massenandrang der Sowjettruppen nicht halt geben und fielen dort bis auf den letzten Mann. — Am 24. Februar drangen mächtige russische Streitkräfte erneut von Süden nach Tiflis vor. Am Tiflis wird hartnäckig gekämpft. Am 25. überfiel die Regierung mit allen Kräften nach Kutais. Die Erbitterung der gesamten Bevölkerung, vor allem der Arbeiter und Bauern, über den verräterischen Ueberfall Sowjet-Rußlands kennt keine Grenzen. Hätten wir Waffen genug, die gesamte erwachsene Bevölkerung hätte sich freiwillig für die Front zur Verfügung gestellt.

Tschitscherin hatte anfänglich den Versuch gemacht, den Ueberfall der Moskauer Sowjettruppen auf Georgien als armenisch-georgischen Zusammenstoß und als revolutionäre Erhebung der georgischen Arbeiter darzustellen. Der Ueberfall auf Gagra bedrückt diese Lüge endgültig auf. Gagra liegt an der nordwestlichen russisch-georgischen Grenze. Von Armenien kann Georgien bei Gagra eben so überfallen werden, wie Deutschland von Frankreich, z. B. bei Eridukhnen, überfallen werden könnte.

Die Gärung in Rußland

Die in letzter Zeit ständig wiederkehrenden Meldungen über ernste Unruhen in den russischen Hauptstädten haben insofern eine Befestigung gefunden, als tatsächlich eine ziemlich umfassende Bewegung unter der Petersburger Arbeiterschaft zu konstatieren ist, die Ende Februar zu Zusammenstößen führte. Wie der Helsingforsker Berichterstatter des „Öst-Express“ meldet, fanden am 22. Februar fast in allen Petersburger Fabriken Verammlungen statt, in denen sich die Arbeiter gegen die kommunistischen Führer wandten. In den folgenden Tagen griff die Gärung auch auf Teile der Garnison und auf die Kronstädter Matrosen über. Einige große Betriebe traten in den Aufstand. Das am 26. Februar gebildete „Verteidigungskomitee“ der Sowjetregierung verbot die Verammlungen und Straßendemonstrationen. Es kam zu Zusammenstößen zwischen den Arbeitern und den Jäglingen der roten Kriegsschiffe. Am 27. Februar erschien ein Aufruf K. A. Sinins und Snowjews, in dem mitgeteilt wurde, daß bereits im Auslande für 18 Millionen Goldrubel Kohle eingekauft sei, daß Eisenbahnen für die Getreideversorgung zusammengefaßt und die Sperrkommandos für die private Einfuhr von Lebensmitteln nach Petersburg aufgehoben würden. Zum Schluß

droht der Aufruf mit unbarmherzigen Repressalien gegen alle Gegner der Sowjetregierung. Trotdem dauern die Unruhen an. Ob die am 28. Februar von der Front eingetroffenen Kanonierabteilungen die Bewegung niedergeschlagen haben, steht zur Zeit noch nicht fest.

Wie aus diesen Meldungen hervorgeht, scheint die Hauptursache der jetzigen Gärung in den schweren Missetänden bei der Lebensmittelversorgung und den Arbeitsbedingungen in den Fabriken zu liegen. Diese Missetände werden schon seit Wochen in der Sowjetpresse offen zugegeben. Zugleich wird von einer schweren Heizmittel- und Transportkrise gesprochen, die den ohnehin zerrütteten Wirtschaftsapparat vor neue Schwierigkeiten stellt.

Gewiß ist es wichtig, daß diese Krisen, die mehrfach in den letzten Jahren überwunden wurden, nicht allein auf innere Ursachen zurückzuführen sind. Das Neue bei der jetzigen Krise ist, daß in der Arbeiterschaft sich mehr und mehr eine Bewegung durchsetzt, die sich gegen die verfehlten, schädlichen Methoden der kommunistischen Führerschaft wendet und auf eine Gesundung der innenpolitischen Zustände hinarbeitet. Selbst innerhalb der kommunistischen Partei finden in Verbindung mit den Auseinandersetzungen über die Gewerkschaftsfrage Richtungskämpfe statt, deren Bedeutung weit über den Rahmen einer reinen Organisationsfrage hinausgeht. Mehr und mehr festigt sich in den russischen Arbeiterkreisen die Erkenntnis, daß die Beibehaltung der jetzigen Formen der kommunistischen Diktatur zu einer Katastrophe führen müsse, die der schwärzesten Reaktion den Weg bereiten würde. Konnte bisher jede lebendige Regung der Arbeiterschaft mit dem Hinweis auf den Krieg gegen Denikin oder Polen erstickt werden, so hat diese Argumentation jetzt ihre Zugkraft eingebüßt. Die Arbeiter verlangen nun von den kommunistischen Führern aufbauende, schöpferische Arbeit, sie üben scharfe Kritik an der Diktatur der Sowjetbureaucratie, die wie ein Alp auf dem gesamten Wirtschaftsleben lastet; sie fordern die Vermittlung jener Ziele, die ihnen bisher in störenden Worten vorgegaukelt wurden. Je länger diesen Strömungen in der Arbeiterschaft Widerstand geleistet wird, desto ernster wird die Gefahr, daß die Gärung sich in Explosionen Luft macht, die den organischen Wiederaufbau Rußlands stören könnte. Eine Gesundung der Verhältnisse in Sowjetrußland ist nur zu erwarten, wenn die kommunistische Führerschaft ihre Methoden des „aufgeklärten Absolutismus“ preisgibt, und zu jener Politik zurückkehrt, die seit jeher die Grundlage der russischen wie der internationalen Sozialdemokratie bildete.

Noch einmal der Rechtsputsch

Die Warnung vor dem Rechtsputsch, die in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ergangen ist, scheint doch sehr ernsthafte Gründe zu haben. Erst warnt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, dann ruft Herr Escherich seine Getreuen zur Ordnung. Jetzt bringt auch die Preussische Regierung die Ausführungen eines angesehenen Parlamentariers zu dieser Angelegenheit zur Veröffentlichung. Es heißt darin zum Schluß:

„Wo liegen nun aber die Gefahren? Ich bin keineswegs geneigt, die unheilvollen Absichten der Kommunisten, insbesondere der K. A. P. D. zu unterschätzen. Diesmal aber sehe ich die akute Gefahr rechts und zwar in jenen deutschnationalen und deutschvölkischen Gruppen, die eng mit der Dregsch zusammenarbeiten, atout prix den Eintritt in die Preussische Regierung erzwingen wollen. Daß auch Herr Stinnes davon weiß, geht aus dem letzten Passus seines Warnungsartikels hervor, der ganz deutlich auf die preussische Regierung wirken will, die neue Koalition möglichst weit nach rechts auszubehnen, um dem Ansturm der äußersten Rechten möglichst viel an Boden zu entziehen. Daß die Haltung der Landtagsfraktionen sich durch derartige Momente nicht beeinflussen lassen darf, ist klar. Jetzt heißt es, den Gewaltpolitikern im deutschnationalen Lager, denen sich auch die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem recht beachtlichen und gefährlichen Artikel des Rappstapfen Freiherrn von Wangenheim beigelegt, ein Gegengewicht aller Parteien und Männer zu bieten, die sich ihren klaren Menschenverstand und das politische Verantwortlichkeitsgefühl bewahrt haben. In dem Ernst der Lage darf jedenfalls kein Augenblick gezweifelt werden.“

Es heißt also jetzt wieder noch mehr als je, auf einen neuen räuberischen Ueberfall der Nationalisten gefaßt zu sein.

Die Mörderzentrale in Bayern

Drahtmeldung unseres Korrespondenten.

München, 3. März.

Die Münchener „Post“ veröffentlicht heute einen Brief des Vorsitzenden der Bayerischen Königspartei, Mayer-Kog, an den Redakteur Lienhard, in dem es heißt:

„Im vorigen Jahre machte ich einmal Herrn Kanzler einige Zeit nach dem Rapp-Putsch Mitteilung von dem beabsichtigten Verrat von Geschühen an die Entente-Kommission durch drei Kommunisten. Aber ich war einseh, als Kanzler in meiner Gegenwart im Bureau der Landesleitung der Bayerischen Einwohnerversammlung gab, die Verräter unter irgendeinem Vorwand aufzuluchen, beiseite zu schaffen und umzubringen, und zwar unter Hinterlassung eines Merkmal, das die Motive der Tat zweifelsfrei erkennen ließe. Wiederholt hat Herr Kanzler den Führern nahegelegt, in ähnlichen Fällen die Angeber zu verprügeln. Hinter ihm stände der Ministerpräsident. Er würde im Falle von Unruhen schon dafür sorgen, daß die Angeklagten freikommen werden. Kanzler fügte hinzu, er habe schon mehr als einmal Einwohnerwehrleute, die sich durch Gewaltakte irgendwie gegen die bestehenden Gesetze vergangen hätten, aus den Klauen des Gerichts befreit. Gerodewitz forderte mir eine andere Erfahrung: Ich besand mich eines Tages in der Münchener Privatwohnung Kanzlers. Kanzler sagte, er hätte eine Transaktion vorzunehmen, ich würde bleiben, wenn ich strenges Stillschweigen gelobe und wenn notwendig auch einen Mord leiste.“

Die Regierungsparteien haben beschlossen, den Etat der Einwohnerwehr streng vertraulich unter Ausschluß der Pressevertreter zu verhandeln.

Waffenfund am Bodensee

In den letzten Tagen sind in Bodman am Bodensee Waffen in größerer Zahl beschlagnahmt worden. Eine amtliche Mitteilung hierüber besagt: In der Nacht zum 20. Februar brachte der Oberleutnant a. D. Friz Kelle aus dem Württembergischen, einige Wagen Waffen nebst Munition nach einem in der Nähe der Gemeinde Bodman gelegenen Gute des Grafen von Bodman. Eine Gendarmeriekontrolle erhielt von den Vorgängen Kenntnis und das zuständige Bezirksamt beschlagnahmte alsbald 1300 Gewehre, 10 Maschinengewehre und 20 000 Schuß Munition, um sie zum Zwecke der Vernichtung der Reichstreuhänd-Gesellschaft zuzuführen. Die Staatsanwaltschaft hat in der Angelegenheit eine Untersuchung eingeleitet.

Die „F. V. N.“ hören von unterrichteter Seite: Den Bemühungen der zuständigen Behörden ist es gelungen, auf den dem früheren Kürassieroberleutnant v. Schweinigen gehörigen

Rittergute Waselwitz bei Hundsdorf (Niederschlesien) einen großen Waffenfund zu machen. In verschiedenen Stellen sorgfältig an anderen unter Hieselhaufen versteckt, fanden sich: 1 Maschinengewehr, 28 neue Gewehre (Modell 98), 69 Handgranaten, 13 431 Schuß Infanteriemunition, 780 Schuß Maschinengewehrmunition und 31 Stahlhelme.

Der stark kompromittierte Gutsinspektor und Amtsvorsteher Glöckowitsch kam der Suspendierung durch Niederlegung seines Amtes zuvor. Die schuldigen Täter und Mitwisser sind von der Staatsanwaltschaft vorgeladen worden.

Die Heerschau der Agrarier

Der Ruf nach höheren Preisen

Die alljährliche Tagung der Agrarier hat gestern in Berlin stattgefunden. Aber nicht mehr unter der Flagge „Bund der Landwirte“, sondern unter der neuen Firma „Reichslandbund“, der aus dem Bund der Landwirte und den einzelnen Landbänden hervorgegangenen Einheitsorganisation der Landwirtschaft legeln jetzt die Agrarier. Schon vor Jahrzehnten prägten die Agrarier das Wort, daß sie schreien müssen, wenn ihre Forderungen verwirklicht werden sollen. Und wie früher, so handeln sie auch jetzt nach dieser Erkenntnis.

Die Tagung, wie stets eine sorgfältig vorbereitete Schaustellung mit gut eingespielten Rollen, stand von Anfang an unter nationalistischen Parolen. Die Entschuldigungsansprüche der Entente werden als „Kaubforderungen“ bezeichnet, die aus „selbstlichem Wahn“ und wilder Beutegier“ geboren seien. Auf einen ähnlichen maßlosen Ton waren auch die Reden eingeleitet. Die Beseitigung aller Fesseln der Zwangswirtschaft, gewaltige Erhöhungen der Preise wurden gefordert, zugleich aber anerkannt, daß, seitdem Herrmes Ernährungsminister ist, die Landwirtschaft mit der Haltung der Reichsregierung in ihren ernährungspolitischen Maßnahmen völlig zufrieden sei.

Um so größerer Hof hat sich die preussische Regierung zugezogen. Mit den beim Umgang mit dem Bleh gewonnenen Ausdrücken wurden sowohl Braun als auch Severing beschimpft, und die bürgerlichen Parteien aufgefordert, für deren Beseitigung unter allen Umständen einzutreten.

„Wir wollen im Ministerium des Innern“, so rief Dr. Köpcke unter lärmlichem Beifall, „eine Persönlichkeit haben, die nicht mit untern Geschäften spielt, und darum weg mit Severing, der die alten Landräte befähigt hat und uns dafür neue gab, die von der Verwaltung nichts verstehen. (Lebhafte Zurufe: Schäfer, Bierfahrer, Müllkutscher!) Und nun zu Herrn Braun! Wir wünschen diesem Herrn alles Gute, aber außerhalb des Preussischen Landwirtschaftsministeriums. (Stürmische Zustimmung.) Herr Braun mag wohl ein guter Seher sein, aber die Landwirtschaft hat er zerlegt, nicht gefestigt. Er hat uns nicht den Frieden, sondern den Krieg zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebracht. Wer das jetzt tut, verläßt sich auf deutschen Bolle. (Lebhafte sehr richtig! Raus mit dem Kerl!) Darum auch weg mit Braun!“ (Minutenlanger Beifall.)

Sobann gelangte eine Resolution zur Annahme, die klar erkennen läßt, wie sehr jetzt bereits der Einfluß der deutschnationalen Agrarier auf die Regierung, trotdem sie in ihr nicht vertreten sind, gestiegen ist.

Der Reichs-Landbund-Tag begrüßt die im Reichstag im neuen preussischen Landtag zu verzeichnende Vermehrung der landwirtschaftlichen Abgeordneten als erfreuliche Folge des geschlossenen und zielbewussten Auftretens des organisierten Landvolkes und fordert, daß dieser klar zum Ausdruck gebrachte Volkswille einer härteren Wahrnehmung der landwirtschaftlichen Interessen fähigere Folgen zeitigt. Der Reichs-Landbund fordert von den landwirtschaftlichen Mitgliedern des preussischen Landtages und von den Parteien, daß sie bei der Regierungsbildung mit allen Mitteln hinwirken auf die Beseitigung des derzeitigen preussischen Landwirtschaftsministers Braun, der die Landwirtschaft stets als entrechtetes Ausbeuteobjekt für sozialistische Theorien und Experimente mißhandelt hat. Das im Reichs-Landbund organisierte Landvolk erklärt in Minister Braun den Feind der deutschen Landwirtschaft und spricht ihm das schärfste Mißtrauen aus.

Die Agrarier wittern Morgenluft. Sie haben mit ihren bisherigen Erfolgen zwar mehr erreicht, als sie früher in ihren kühnsten Hoffnungen zu träumen wagten, trotdem kündigen sie jetzt neue Forderungen an, denen die Regierung entsprechen will. In ihrer Einigkeit und Geschlossenheit könnten sie der deutschen Arbeiterklasse ein nachahmenswertes Vorbild sein!

Der neue Landtag

Das endgültige Wahlergebnis

Nach den endgültigen amtlichen Errechnungen des Landeswahlleiters sind bei den Landtagswahlen am 20. Februar 1921 auf die einzelnen Parteien folgende gültige Stimmen entfallen:

1. U. S. P. D.	1 075 344
2. S. P. D.	4 294 071
3. D. A. P. D.	1 211 741
4. Deutsch-nationale Volkspartei	2 957 309
5. Zentrumspartei	2 010 577
6. Deutsche Volkspartei	2 315 155
7. Demokratische Partei	1 012 759
8. Deutsch-Hannoversche Partei	473 219
9. Wirtschaftspartei	1 023 392
10. Christliche Volkspartei	14 140
11. Polnische Partei	12 081
12. Schleswig-Holsteinischer Verein	4 710
13. Fraktionslose Partei	985
14. Christlich-Soziale Volkspartei	982

Danach entfallen auf die Rechtssozialisten 97 Abgeordnete aus den Wahlkreisen, 6 durch Verrechnung aus den Wahlkreisverbänden, 4 durch Verrechnung aus der Landeswahlliste und 7 Abgeordnete aus Oberschlesien, zusammen also 114 (gegen 145 bisher); auf die Deutsch-nationale Volkspartei 65 und 1 und 10 und 1 gleich 75 (gegen 48); auf die Zentrumspartei 64 und 3 und 3 und 11 gleich 81 (gegen 89); auf die Deutsche Volkspartei 48 und 4 und 6 gleich 58 (gegen 28); auf die Vereinigten Kommunisten 19 und 7 und 1 (als Unabhängiger in Oberschlesien gewählt, jetzt Mitglied der U. S. P. D.) gleich 21; auf die Unabhängigen 18 und 4 und 5 und 1 gleich 28 (gegen 24); auf die Demokraten 14 und 7 und 4 und 1 gleich 26 (gegen 66); auf die Deutsch-Hannoversche Partei 9 und 1 und 1 gleich 11 (gegen 8); auf die Wirtschaftspartei 1 und 1 und 2 gleich 4 Abgeordnete.

Die Gesamtzahl der Abgeordneten beträgt also 428 (gegen 402 in der Landesversammlung).

Ein Wahlsieg Lloyd Georges. Lloyd George hat bei einer Neuwahl in Woolwich einen bedeutenden Sieg errungen, die englische Arbeiterpartei erlitt dagegen eine schwere Niederlage. Dieser Wahlsieg besand sich bisher in den Händen der Arbeiterpartei und ihr Führer Ramsay MacDonald ist nunmehr gegen die Regierungspartei unterlegen.

Kommunalisierung des Anschlagwesens

Aus dem Stadtparlament

Zu Beginn der gestrigen ordentlichen Sitzung der Berliner Stadtverordneten berichtete Genosse John über die Ausschussberatungen der Vorlage betr. Bürgerhaft von 75 Prozent für ein Parlehn der Gemeinnützigen Hochdruckerei-Gesellschaft Groß-Berlin G. m. b. H. in Höhe bis zu 30 Millionen M. Der Ausschuss hat den Magistratsantrag nicht angenommen, obgleich die prinzipiellen Anhänger der Vorlage im Ausschuss überwogen. Man befürchtet aber die Belastung des Unternehmens durch die Kosten für die vier neuen Schiffe von 20 Millionen M.

Stadtrat Wege legt eingehend dar, daß der Stadt Berlin durch die acht alten und vier neuen Dampfer ausreichende Sicherheit geboten wird. Wenn die Vorlage nicht angenommen wird, werde die Stadt Berlin ihr eingezahltes Stammkapital von 3,2 Mill. Mark verlieren. Die Stadt Berlin ist im Ausschuss durch fünf Personen vertreten und dies bietet genügende Bürgerhaft für eine ordnungsmäßige Geschäftsführung. Die Versammlung möge beschließen, daß die vier neubestellten Dampfer nach ihrer Fertigstellung sofort verkauft werden sollen.

In der Aussprache wenden sich die bürgerlichen Parteien aller Schattierungen gegen die Vorlage. Sie sehen in der Vorlage so etwas Ähnliches wie Kommunalisierung.

Der Vertreter unserer Fraktion, Genosse Danziger, läßt wohl scharfe Kritik an der Wirtschaftsweise der Gesellschaft, fordert aber Annahme folgenden Antrages:

Die Versammlung nimmt die Vorlage des Magistrats, eine anteilmäßige Bürgerhaft bis zu 20 Millionen M. für die Gemeinnützige Hochdruckerei-Gesellschaft Groß-Berlin G. m. b. H. in Höhe bis zu 30 Millionen M. an, wenn die Stadtgemeinde Gesellschaft für den Restanteil von 4 Millionen M. durch Bürgerhaufsummt, unter der Bedingung, daß a) die bei der Firma Leffensburg bestellten vier Dampfer unverzüglich nach erfolgter Uebernahme verkauft werden oder die Bürgerhaft der Stadt Berlin zurückgegeben wird, b) der Erhöhung von zwei Mitgliedsrätern der Stadtverordnetenversammlung in den Ausschuss der Gesellschaft zugestimmt wird.

Nach weiterer kurzer Aussprache wird dieser Antrag gegen die Stimmen der bürgerlichen Minderheit angenommen.

Unmehrfach folgt die Beratung der Vorlage betr.

Uebernahme des Anschlagwesens durch die Stadt Berlin
und Ankauf der Druckerei Raud u. Hartmann. Den Bericht über die Ausschussberatungen gibt Stadtd. Koch (D. R.): Auf die von Raud u. Hartmann gemachten Vorschläge glaubt der Ausschuss nicht eingehen zu können. Der Ausschuss schlägt vor: 1. den Vertrag mit der Firma Raud u. Hartmann nicht zu erneuern und das Anschlagwesen in eigene Regie zu nehmen; 2. der Magistrat wird beauftragt, in der Zeit von heute bis zum 31. März in Ausführung des Beschlusses zu 1 neue Vorschläge über die Kommunalisierung des Anschlagwesens zu machen.

Sch (S. P. D.) erklärt, daß die Kommunalisierungsfrage befriedigend entschieden sei (Widerspruch rechts). Die drei sozialistischen Fraktionen seien entschlossen, jede sich bietende Gelegenheit, geeignete Betriebe zu kommunalisieren, auszunutzen. Das Anschlagwesen gehöre in die Hand der Stadt. Der Magistrat müsse eine Vorlage für Schaffung einer eigenen Druckerei ausarbeiten.

Martin (D. R.): Das Druckereiwesen ist so kompliziert, daß es sich am wenigsten zur Kommunalisierung eignet. Wir betrachten die Vorlage für undurchführbar und für die Stadt schädlich.

Merten (Dem.) lehnt die Vorschläge aus prinzipiellen Gründen ab.

Stadtd. Leß (L. S. P. D.):

Zunächst muß ich meinem Bestreben über die Art der Berichterstattung durch den Stadtd. Koch Ausdruck geben. Die Ausschüsse werden alle Urteile haben, sich solche Berichterstatter vom Hause zu halten. (Lebhafter Beifall.) Die Sache selbst liegt viel einfacher als sie durch die Berichterstattung und die verschiedenen Diskussionsreden erscheint. Wir haben mit der Firma Raud u. Hartmann einen Vertrag, der Ende dieses Monats abläuft. Es besteht also gar keine andere Möglichkeit, als so schnell wie möglich Maßnahmen zu treffen, damit das Anschlagwesen fortgeführt werden kann. Niemand weiß, ob Raud u. Hartmann überhaupt bereit ist, den Vertrag zu verlängern. Es handelt sich für uns um die Entscheidung der wichtigen Frage, ob das Privatkapital weiterhin Profite aus städtischen Einrichtungen ziehen soll

oder nicht. Wir wollen dem Privatkapital diese Profite entziehen und deshalb die heftigen Angriffe von rechts. In dieser Beziehung werden wir mit der Rechten einig werden. Die Plakat-

läulen gehören der Stadt Berlin, sie sind unser Eigentum und wir sind der Meinung, daß die Stadt die Aufgabe hat, die Plakatläulen im Interesse der Allgemeinheit zu verwerten, daß möglichst viel aus ihnen herausgewirtschaftet wird und dem Privatkapital keine Gelegenheit gegeben wird, besondere Gewinne zu machen. Die Firma Raud u. Hartmann hatte ein Monopol. Sie hat es verstanden, aus diesem Monopol

Millionen über Millionen Gewinn

zu ziehen. In guten Zeiten hat diese Firma die Ueberhälle wohl eingekauft, sie hat aber in schlechten Zeiten das Risiko auf die Stadt abgewälzt. Wir haben nicht die geringste Ursache, Beiträge solcher Art erneut abzukläffen. Wir fordern vom Magistrat, daß mit der notwendigen Energie an die Vorbereitungsarbeiten zwecks Uebernahme des Anschlagwesens herangegangen wird, dann werden auch in kurzer Zeit evtl. Schwierigkeiten überwunden sein.

Wir wissen, daß bestimmte Kreise es haben sich angelegen sein lassen, die Uebernahme der Druckerei Raud u. Hartmann durch die Stadt, zu hintertreiben. Meine Freunde sind der Auffassung, daß das Anschlagwesen in Verbindung mit einer Plakatdruckerei gebracht werden muß. Nach wie vor sind wir bereit, daß dieses Ziel angestrebt wird. Wir haben diesbezügliche Anträge gestellt, um deren Annahme wir bitten.

Magerläche (M. B.) bekämpft den Plan der Kommunalisierung des Anschlagwesens vom Standpunkt des Fachmanns aus und im Augenblick auf die schlechten Erfahrungen, die in Neudöln mit der städtischen Druckerei gemacht seien.

Jergang (Kom.) beantragt eine Erweiterung des Ausschusses dahin, daß die Stadt das gesamte Reflektorenwesen übernehme und eine städtische Druckerei eingerichtet werde.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Koch (D. R.) benutzte sein Schlußwort als Berichterstatter dazu, sich gegen die Pläne in allerhand Rührerarbeiten zu ergreifen. Er wird im Verlaufe seiner Ausführungen wiederholt unterbrochen, so daß seine Ausführungen auf der Pressebühne nur schlecht verstanden werden. U. a. führt er aus: Herr Leß scheint, seitdem er Bürgermeister von Wedding geworden ist, sich für besetzt zu halten, gewöhnliche Stadtverordnete zu rügen. Ich weiß diese Rüge des Bürgermeisters vom Wedding jüdisch. (Lachen des St. R. Adolph Hoffmann.) Mit der Kommunalisierung der Plakatläulen werden Sie bald dahin kommen, sagen zu müssen: Nur eine einzige Stule reigt von entsetzlicher Pracht! (Heiterkeit und obermalige Lachen von Hoffmann.) Sie, Herr Hoffmann, könnten ja als Säulenheiligler auf diese Säule getreten werden; das würde sich desoratorisch gewiß sehr schön machen! (Große Heiterkeit.) — Adolph Hoffmann wird bei Beginn einer persönlichen Bemerkung mit lautem Lärm begrüßt und erklärt hierzu: Ich habe so oft in der Nähe von Säulen zu tun gehabt! (Große Heiterkeit.) Nichterwähnt mich nicht hören! Herr Koch erwidert ihm mit dem Hinweis auf das ihm doch wohl bekannte Bibelwort: Herr, ich danke dir, doch ich nicht bin wie andere. (Heiterkeit.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Ausschusses gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien unter Zuzug eines beträchtlichen Teils angenommen, wonach der Magistrat ermahnt wird, alle Vorbereitungen zu treffen, eine mit dem öffentlichen Anschlagwesen in Verbindung stehende städtische Druckerei zu schaffen. Nach einem Bericht des Stadtd. Hirsch (S. P. D.) wird die Magistratsvorlage über

die Erhöhung der Grundsteuerordnung

mit dem vom Ausschuss gemachten Änderungen angenommen.

Ein Antrag Dr. Steiniger (D. R.) von einer Unterscheidung zwischen bebauten und unbebauten Grundstücken bei der Bemessung der Steuerlast abzuweichen, wird abgelehnt.

Der Magistrat beantragt die Genehmigung eines vom Ausschuss aus dem Ausschuss abgeschlossenen Vergleiches über Befolgungs- und Anstellungsbedingungen der privatrechtlichvertragsmäßigen polizeilichstärksten Lehrkräfte der Fach- und Fortbildungsschulen.

Der Antrag auf Erhöhung der Bezüge der Vorstehenden der Mietvereinigungen wird auf Antrag Helmke (Dem.) einem Ausschuss überwiesen.

Zur Milchverbilligung

werden weitere 350 000 M. bewilligt.

Die Erhöhung der Väderpreise in den städtischen Volkshochschulen wird gemäß der Magistratsvorlage genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9 1/2 Uhr.

hatte gefunden. Ein Verfahren gegen die Offiziere wurde nicht eingeleitet. Dem Staatsanwalt genügte ihre Erklärung, sie seien zwar bei der Verammlung gewesen, sie hätten sich aber an der Schlichtung nicht beteiligt. Dagegen wurde ein Verfahren eingeleitet gegen drei Soldaten, die erst auf der Strafe festgenommen worden waren. Da die Zeugen jedoch im Sinne der Täter nicht mit Bestimmtheit wiedererkannt, hat der Oberstaatsanwalt beim Landgericht 3 am 18. Februar das ganze Verfahren eingestellt.

Die Arbeitslosenkrise der Welt

Der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 9. Februar an die angeschlossenen Organisationen folgendes Rundschreiben erlassen:

Werte Genossen!

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber den in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten. Alle an die angeschlossenen Organisationen einlangenden Nachrichten sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werkstätten über oder lassen kürzere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklärten, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten noch die Unternehmer erklärten, daß die Produktion vermehrt werden müsse, und sich gerade auf diesen Standpunkt beriefen, um damit die Arbeiterforderungen zu bekämpfen.

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die einschneidende Verarmung in der Welt herrscht, die millionen Länder vom Elend heimgeheftet und die Massen noch nicht ausgehoben sind. Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Uebermaß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Kleidung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die Fabriken unter Kostmangel leiden, während es in den meisten Haushaltungen mehr als je an Wäsche fehlt. Ein derartiger, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer hervorgerufener Zustand, die ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben, bedeutet an sich eine Verurteilung des Systems, das derartige Mißbräuche möglich macht.

Die Annahme der Unternehmer, diese Krise auszunutzen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unverhüllte Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu vermehren und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den mangelnden Absatz ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Systembedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Einkünfte zu beschränken.

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Kräften bekämpfen und in den immer mehr anwachsenden Massen der Arbeitslosen den Kampfsgeist und den Kampfswillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongress formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann

nur eine internationale Aktion

bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Salutadifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen instand setzen würde, die für die Befriedigung der dringenden Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann, und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter zeigen, zu bekämpfen.

Das Bureau ersucht die angeschlossenen Zentralen dringendst, die

internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern

Es ist unzulässig, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten häufen.

Das Bureau ruft die Zentralen auf, die systematische Propaganda für die

Sozialisierung der Produktionsmittel

im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr dem Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können. Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Mandatäre, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnutzung des Elends auf eine Herabsetzung der Löhne abzuwählen, mit einer energiegelassen Propaganda zu beantworten und dieser die größtmögliche Ausdehnung zu sichern.

Es ist weiter Pflicht des Bureau, die Landeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltkollaps alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen an die Hand gibt. Indem wir Sie ersuchen, die gewerkschaftliche Internationale von Ihrem im Hinblick auf dieses Schneiden genommenen Maßnahmen auf dem Laufen zu halten, verbleiben wir

Mit brüderlichen Grüßen

Das Bureau d. Internationalen Gewerkschaftsbundes.
L. Jouhaux, 1. Vizevorsitzender; C. Mertens, 2. Vizevorsitzender; Edo Firmen, Sekretär; J. Dudgeon, Sekretär.

Beitrag von 375 Millionen in Bayern. Im Finanzanschuss des bayerischen Landtags erklärte Finanzminister Dr. Krauss u. a., daß der Haushalt von 1921 nach den bisherigen Feststellungen mit einem ungedeckten Teilsbeitrag von rund 375 Millionen Mark abschließen dürfte.

Offener Brief

an die Zentrale der R. P. D.

Der kommunistische Weltwart in Oberschlesien

Das nachfolgende Schreiben wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung zugewandt. Der einzige Tag, den die „Rote Fahne“ behauptet, wir hätten die kommunistische Weltzentrale in Oberschlesien in Bezug genommen. Was in Wirklichkeit die Korruption zu finden ist, das würde man aus diesem offenen Brief entnehmen. Nach noch in anderen Teilen Deutschlands sind solche Zustände anzutreffen!

Die Vertrauensleute der Belegschaften der Gleiswägenbetriebe haben am 21. Februar einen eingeschriebenen Brief mit einer Beschwerde gegen die Zustände, die in der R. P. D. herrschen, gerichtet.

Sie haben es nicht für nötig erachtet, auf diese Beschwerde einzugehen und uns überhaupt keiner Antwort gewürdigt. Wir schließen einmal daraus, daß der Weltwart in der Berliner Zentrale so groß ist, daß man derzeit damit beschäftigt ist, daß für die Dinge, die in der Provinz sich ereignen, keine Zeit übrig bleibt. Zum anderen schließen wir daraus, daß Ihnen die Arbeiterschaft nur während den Wahlen wert ist, um sie als Stimmvieh zu werden. In der übrigen Zeit handeln Sie so autoritär und diktatorisch, daß Ihnen die Arbeiterschaft Luft ist. Ein Beweis dafür, wie Sie es belieben, die Diktatur des Proletariats aufzuheben. Es ist die Diktatur des bürokratischen Apparates über die Arbeiterschaft.

Wir fragen hiermit in aller Öffentlichkeit:

Ist es Ihnen bekannt, auf welcher schamhaften Art das Geld der russischen Arbeiterschaft, die hungert und friert, hier in Oberschlesien ohne jedes Verantwortungsgefühl vertriehen wird? Ist es Ihnen bekannt, daß wegen jeder „Lapalie“ mit einem 40 Pf.-Brief sehr gut zu erledigen wäre, „Kurier“ im D-Zug hin und her nach Berlin kutschieren, wodurch Tausende vertriehen werden? Ist es Ihnen bekannt, daß einzelne Funktionäre, die verheiratet sind, sich „Sekretärinnen“ halten, diese mit 1400—1800 M. monatlich belohnen? Ist es Ihnen bekannt, daß jugendliche Angestellte von 18 Jahren, die fast nichts leisten, monatlich 1800 M. Gehalt beziehen? Ist es Ihnen bekannt, daß die „Sekretäre“ der Partei, die mit keinerlei besonderem Wissen belastet sind, sich Monatsgehälter bewilligen, die auch der bestqualifizierte Arbeiter bei angestrengtester Tätigkeit nie verdienen kann? Ist es Ihnen bekannt, daß die Arbeit, die in Oberschlesien von den bezahlten Funktionären geleistet wird, deren über 20 hier herumwimmeln, von 4—5 Leuten erledigt werden könnte? Ist es Ihnen bekannt, daß die fremden Funktionäre, die mit der Oberschlesischen Arbeiter-

schaft in keinerlei Kontakt gestanden haben, die Ortsgruppe Gleiwitz auflösen gegen die Stimme der Majorität der Arbeiterschaft? Ist es Ihnen bekannt, daß diese fremden Funktionäre eine verlogene, den Geist der Arbeiterschaft vergiftende Hege gegen die Genossen Bjaia und Rau betreiben, die das Vertrauen der Arbeiterschaft genießen? Ist es Ihnen bekannt, daß deshalb die Oberschlesische Partei zu einer Partei der sich selbst angestellten Funktionäre wird, mit der die Arbeiterschaft nichts zu tun haben will? Ist es Ihnen bekannt, daß durch die Hege bei der letzten Konferenz der Beschluß durchgedrückt wurde, am Tage der Volksabstimmung eine öffentliche Demonstration zu machen und daß diese Demonstration gegen Panzerwagen, Maschinengewehre und Handgranaten der Entente-Truppen laufen wird? Werden Sie die Verantwortung dafür übernehmen und die Arbeiterschaft schützen?

Sind Sie davon unterrichtet, daß die Vertreter der Warschauer Zentrale polnisch-nationalistisch sind und daß man deshalb in den deutschen Bezirken eine lebhafteste Propaganda für Stimmeneinstellung betreibt, während die mehr polnischen Kreise Apollon-Blick nicht bearbeitet werden?

Sind Sie mit diesen Zuständen einverstanden? Geben Sie eine klare unweibliche Antwort. Die Arbeiterschaft muß sonst zur Selbsthilfe schreiten.

Die Vertrauensleute der:

- Fa. Weimann u. Lange; Paul Nees, Joh. Bohner.
- D. S. Eisen-Industrie A. G.; Lydia Wersch.
- Guldbühnenwerke: Benschke, Blasius; Krug, Arthur.
- Gleiwitzer Grube: Keschütz.
- Staatl. Hütte: A. Korzuchel, Melc.
- Lokomotivwerkstatt: Franz Dinag; Franz Daisoisch;
- Anton Sülvelter.
- Hauptwerkstatt: C. Kusch, V. Muijot.
- Betriebswerkstatt: Krause.
- Kabelwerke Porompa: Kelmel.
- Kesselwerke Meyer: L. Janoschke.
- Chamottefabrik: Larisch, Alois.
- Größesheim Elektr.: J. Pietruchor.
- Maagenfabrik Wöhmer u. Co.
- Nieder A. G.: Adolf Kawrah, Georg Jersich.

Deutsche Justiz

Vor beinahe einem Jahre wurde bei einer Verammlung des Bundes Neues Vaterland Herr v. Gerlach und Dr. Gumbel hals zu Tode geprügelt. Einige Offiziere und Angehörige der Marinebrigade Ehrhardt wurden von der herbeigerufenen Polizei als Täter ermittelt, auf die Waage gebracht, aber auf Grund ihrer Kosakenweise sofort wieder entlassen, ohne daß eine Gegenüberstellung mit den zahlreich vorhandenen Zeugen

Groß-Berlin

Die Arbeiten an der Nord-Südbahn

Die Arbeiten an der Nord-Südbahn sollen in Bälde in vergrößertem Umfange fortgesetzt werden. Es war von der Tiefbau-Deputation beschlossen worden, alle Voraussetzungen zu schaffen, um die Arbeiten in eigener Regie fortzuführen und sie nicht weiter in die Hände von Privatunternehmern zu geben. Die bürgerlichen Mitglieder sind gegen diese Absicht, weil sie dem Privatkapital den Profit zutommen lassen wollen! Die Stadt will aber auch Gewähr haben, daß sie nicht teurer baut, als das Privatkapital. Damit nun eine Grundlage für die Berechnung vorhanden ist, auf der die Kalkulationen aufgebaut werden können, mußte eine Normalkostleistung zugrunde gelegt werden und es mußten Maßnahmen getroffen werden, daß die Normalkostleistung auch erzielt wird. Zu diesem Zwecke haben mit den zuständigen Arbeiterorganisationen Verhandlungen stattgefunden, die zu einer Verständigung geführt haben; auch die in Frage kommenden Tiefbauarbeiter haben zugestimmt. Natürlich können die vertragsschließenden Arbeiterorganisationen nur dann Träger des Vertrages sein, wenn die einzustellenden Arbeiter zu 80 Prozent ihre Mitglieder sind. Dieser Vertragsabschluß fand in der letzten Sitzung der Tiefbaudeputation den Widerspruch der bürgerlichen Gegner. Diese Herren waren um deswillen gegen den Vertrag, weil sie grundsätzlich die eigene Regie verwerfen. Die beiden kommunistischen Vertreter in der Deputation wollten sich mit dem Vertrag auch nicht einverstanden erklären, ohne einen tatsächlichen Grund anzugeben, sie wollten aber die eigene Regierarbeit. Es stand nun zu befürchten, daß bei einer Abstimmung über den Vertrag nur die Mitglieder der U. S. P. und der S. P. D. für den Vertrag stimmen, während die bürgerlichen Mitglieder in Gemeinschaft mit den Kommunisten dagegen stimmen würden. Damit wäre die eigene Regie beseitigt gewesen und die Arbeit dem Privatkapital ausgeliefert worden. Deshalb ließ der Vorsitzende abstimmen darüber, wer gegen den Vertrag sei. Die Kommunisten stimmten, obwohl sie gegen den Vertrag sind, nicht mit, sondern brachten, er galt deshalb als angenommen. Die Kommunisten können sagen, sie hätten nicht für den Vertrag gestimmt, sie haben nicht dagegen gestimmt, weil sie die Annahme wünschten. Diese Art der Abstimmung ist lediglich auf Anregung von kommunistischer Seite erfolgt.

So sind nun unsere Kommunisten. Sie reden anders, als sie handeln. Genau so war es in der Stadtverordnetenversammlung gelegentlich des Straßenbahntarifs. Ihre Redner erklärten sich gegen die Tarifierhöhung und die damit verbundenen Konzeptionen. Als es zur Abstimmung kam, wollten sie doch die Verantwortung für die Erhöhung und deren Folgen nicht auf sich nehmen. Sie kommandierten 8-10 Mitglieder ab, die während der Abstimmung den Saal verlassen mußten, die Zurückbleibenden stimmten mit den Deutschnationalen und Volksparteier gegen die Tarifierhöhung. Aber die Zahl der Gegner reichte durch die Abkommandierung nicht mehr aus, die Tarifierhöhung zu Fall zu bringen. Worte und Taten indes sind zwei verschiedene Dinge bei Kommunisten.

Für die Arbeiten an der Nord-Südbahn sollen alle irgendwie verfügbaren Mittel flüssig gemacht und nur für diese Arbeiten Verwendung finden. Der leitende Bauamt hofft auf diese Weise 6000 Arbeiter beschäftigen zu können.

Religionsunterricht und Verbrechen

Auf dem Gesundheitsamt waltet ein Pastor Höhne seines Amtes. Der Mann ist Geistlicher der Stephangemeinde. In einer Sitzung des Elternbeirats der 208. Gemeindeschule wurde berichtet, daß Herr Höhne im Konfirmationsunterricht den Kindern gegenüber geäußert habe, daß Kinder, die an keinem Religionsunterricht teilnehmen, zu Verbrechern erzogen würden. Diese Äußerung ist von den Kindern in die Schule gebracht und weiter erzählt worden; sie wurde von Lehrern bestätigt. Lehrer und selbst christliche Mitglieder des Elternbeirats schüttelten über die Äußerung des Pastors den Kopf. Uns persönlich könnte es gleichgültig sein, was der Pastor Höhne sagt, aber uns liegt das Wohl der Kinder am Herzen. Der Pastor heißt die Kinder gegeneinander, er beschimpft die Eltern, die ihre Kinder dem Religionsunterricht fernhalten. Herr Höhne will ein Pastor der christlichen Lehre sein, ist aber das Gegenteil. Nicht der Religionsunterricht

macht den Menschen, sondern ganz andere Faktoren sind es, die den sittlichen Wert des Menschen heben. Gerade im Namen der Religion sind die größten Verbrechen begangen worden. Die Pfaffen sind es gewesen, die den entsetzlichen Krieg, diesen Massenmord gefeuert und verherrlicht haben. Die Träger der christlichen Religion haben sich dazu hergegeben, das größte Verbrechen, den Krieg von der Kanzel herunter zu feiern. Völkerverheerung war das Metier der christlichen Pfaffen. Und solche Leute stellen sich hin und erzählen den Konfirmanden, daß zum Verbrecher erzogen wird, wer am Religionsunterricht nicht teilnehme. Wir meinen, daß es erst recht Pflicht der Eltern wäre, ihre Kinder dem Religionsunterricht zu entziehen. Solche Moral, wie sie Herr Pastor Höhne den Kindern lehrt, kann nur zur Verheerung und geistigen Verblödung führen.

Für die weltliche Schule in Neukölln

Der 6. März ist der Stichtag, bis zu dem die Eltern sich entschließen müssen, ihre Kinder der weltlichen Schule zuzuführen. Die proletariereltern in Neukölln dürfen an diesem Termin nicht achlos vorübergehen, im Interesse der Zukunft ihrer Kinder. Sie haben jetzt Gelegenheit, die weltliche Schule für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen. Biel zu wenig wird davon Gebrauch gemacht. Als es uns im Herbst vorigen Jahres nach eifriger Agitation möglich war, 6 Schulgebäude mit unseren religionsabweisenden Kindern zu besetzen, konnte man glauben, daß auch das letzte proletarische Elternpaar in ganz kurzer Zeit erkennen werde, daß die für 4 ausgefallene Religionsstunden gebotenen Fächer des praktischen Wissens und Könnens ohne weiteres verständlich würde, alle Kinder dieser, unserer Schule reiflos zuzuführen. Leider hat das immer noch steigende wirtschaftliche Elend, der ungeliebte Bruderstreit, die ganze Willere des grauen Alltags, viele Eltern nicht genügend über diese hochwichtige kulturelle Frage nachdenken lassen. Ihre eigene Schuld ist es, wenn wir jetzt zu Beginn eines neuen Schulhalbjahres nicht die genügende Zahl religionsabweisender Kinder zur Inanspruchnahme neuer eigener Schulgebäude zusammen haben. Darum proletariereltern, nütze die letzten Tage bis zum 6. März aus, um eure Kinder der weltlichen Schule zuzuführen.

Die Warenverorgungsstelle der Gewerkschaften

Die Warenverorgungsstelle der deutschen Gewerkschaften hatte zu Beginn dieser Woche die Gewerkschaftsvorstände zur Aussprache und Lagerbeschäftigung geladen. Der Organisator der Warenverorgungsstelle, Dr. Hermann, erläuterte eingehend die Organisation der Warenversorgung und die Gründe, die zu ihrer Schaffung führten.

Die Warenverorgungsstelle will infolge der Verteuerung aller Verbrauchsgegenstände und dem Verlangen der Privatwirtschaft in der Herabsetzung der Warenpreise, Arbeiter und Angestellte mit billiger Kleidung, Wäsche und Schuzeug versehen. Es soll nicht nur ein größerer Absatz der Waren erreicht, sondern es sollen auch neue Arbeitsmöglichkeiten der Arbeiter und Angestellten der in Betracht kommenden Berufe geschaffen werden.

Der Zweck soll erreicht werden durch die Zusammenfassung des Bedarfs an Bekleidungsgegenständen in Arbeiter- und Angestelltenkreisen. Auf diese Weise läßt es sich ermöglichen, größere Aufträge an die Fabriken zu vergeben zu Bedingungen, die eine nicht unerhebliche Verbilligung des Produktes zulassen, ohne daß die Löhne der Arbeiter gekürzt werden. Als solche kommen in Betracht: Ausschaltung jeglicher Spekulation und des Unternehmergewinnes sowie niedrige Generalunkosten.

Nur Unternehmungen, die diese Bedingungen erfüllen, erhalten Aufträge von der Warenverorgungsstelle. — Eine weitere Verbilligung ist zu erzielen durch die gänzliche Ausschaltung des Handels. Die Waren gehen vom Erzeuger direkt an die Verbraucher, so daß jede Spekulation ausgeschlossen ist und Unkosten für die Abgabe der Waren nur in geringem Maße entstehen.

Die Erreichung des Zweckes ist jedoch im wesentlichen abhängig von der Unternehmung, die der Plan bei den Arbeitern und Angestellten findet. Wer da will, daß möglichst bald und dauernd eine ruckläufige Preisbewegung erzielt und die Kaufkraft der arbeitenden Bevölkerung gehoben wird, muß die Warenverorgungsstelle unterstützen. Das kann und sollte geschehen, indem jeder Arbeiter und Angestellter seinen Bedarf an Bekleidungsgegenständen durch die Warenverorgungsstelle deckt.

Für Berlin hat die Gewerkschaftskommission die Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit den von der Warenverorgungsstelle vertriebenen Waren übernommen. Zur Verteilung gelangen die Waren: Zimmerstr. 68, Sebastianstraße 37/38, Engelauer 21 (Transportarbeiter-Verband).

Charlottenstr. 3 (N.S.G.-Konsum-Verein), Reichsdruckerei, Oranienstr. 9 (nur für die Betriebsbelegschaft), Karlshorst-Baldiedlung, Hagemeyerweg 54.

In vielen Ausgabestellen liegen Muster mit Preisangabe aus. Ist es nicht möglich, den Bedarf sofort in diesen Ausgabestellen zu erledigen, so werden Bestellungen angenommen, die in kürzester Frist ihre Erledigung finden. Preislisten familiärer Waren können von der Zentrale, Burgstr. 7, bezogen werden.

Den Ausführungen Dr. Hermanns schloß sich eine Besichtigung der Lagerräume an. In den verschiedensten Arten können erhebliche Preisunterschiede gegenüber den Preisen in den Privatgeschäften festgestellt werden. In der Aussprache nach der Lagerbesichtigung wurde angeregt, unserer Ansicht nach mit Recht, den Hauptwert auf gute Ware und nicht nur auf billigen Preis zu legen. Billige Ware ist in diesen Artikeln wegen des raschen Verschleißes immer noch die teuerste gewesen.

Die Warenverorgungsstelle ist in der Entwicklung begriffen und wird sicherlich unter der Leitung von Dr. Hermann und der Mitarbeit der Fachleute der verschiedenen Organisationen sehr bald die unausbleiblichen Kindertribulationen überwinden haben. Das Ziel, das gesteckt wurde, kann aber nicht erreicht werden, wenn die Arbeiterklasse die Stelle unterstützt, ihren Bedarf nur dort deckt und alle Arbeiter und Angestellten an dem Ausbau des Unternehmens mitarbeiten.

Die Mital in der Petersburger Straße aufgeklärt. Schon die ersten Ermittlungen zeigten, daß dieses Verbrechen einen politischen Hintergrund haben müsse. Die Kommissare forschten in dieser Richtung nach und stießen so auf ein ganzes Heer polnischer und russischer Volkswächter (Die Red.), die als Agenten hiezu waren. Sie betrieben außer Propaganda auch einen umfassenden Schmuggel mit Waffen. Es gelang die Spionagegesellschaft aufzudecken und so auf die Spur des Mörders zu kommen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß die Agenten sich aus eingewanderten Galiziern und Polen zusammenschließen. Da sie bei ihren Verhaftungen durch die Kriminalpolizei fast alle fotografiert worden waren, wurden die Bilder hervorgeholt und diese der Verkäuferin aus der Liebigstraße, die dem flüchtenden Mörder nach der Tat einen neuen Hut verkauft hatte, vorgelegt. So wurde endlich von diesen Personen der Täter in der Person eines der Polizei unter dem Namen Hermann bekannten Mannes einwandfrei wiedererkannt. Dieser „Hermann“ war seinerzeit von der Kriminalpolizei angehalten worden, als er 50.000 polnische Mark gegen deutsches Geld einzumecheln versuchte. Bei den weiteren Ermittlungen nach diesem angehaltenen Hermann stellte sich heraus, daß dieser in Wirklichkeit ein 26 Jahre alter aus Genssteden gebürtiger Josef Buchwalter ist, der hier zuletzt in der Gipsstraße 11 wohnte. Dort war er aber, als man seine Adresse ermittelt hatte und zu seiner Festnahme schreiten wollte, nicht mehr zu finden. Er ist wahrscheinlich unterflücht von seinen noch nicht bekannten Freunden, geflohen. Den Auftrag zur Ermordung „Körners“ hatte Buchwalter, wie jetzt feststeht, von den Volkswächtern erhalten, weil „Körner“ Verrat an ihrer Sache geübt hatte. Diese letztere Feststellung erscheint reichlich mysteriös. Nähere Angaben der Polizei werden abzuwarten sein.

Kleine Notizen. Der große Unbekannte. Polizeibeamte stellten in der Danziger Straße einen unbekannten Mann mit einem gefüllten Wälschkorb. Auf Befragen nach dem Inhalt behauptete er, den wertvollen Inhalt geschenkt erhalten zu haben. — Die Kinohelden. Drei junge Burchen, denen ein Kontrolleur in Neukölln in der Berliner Straße den Eintritt ins Kino verweigerte, fielen über den Mann her. Sie mißhandelten ihn verart, daß Herr B. die Rettungsstelle aussuchen mußte. Beim Erscheinen von Schutzpolizeibeamten zogen es die rabiaten Burchen vor, das Weite zu suchen. — Für 200.000 M. Antiquitäten erbeuteten Einbrecher in der vergangenen Nacht bei einem Kaufmann am Lüchowplatz. Es fielen ihnen in die Hände: eine große alte Elfenbeinstatue, eine Miniatur in Elfenbein, Maria mit dem Jesuskinde darstellend, ein Elfenbeinrelief Gattische, eine Elfenbeinminiatur des jugendlichen Schiller in Bronzerahmen, ein silberner Lutherbecher, mehrere Bilder auf Holz, darunter Hero und Leander auf dem Soporos schimmend, Perlesteppiche und Brüden, Gebetsteppiche u. a. mehr.

Jugendweihnachten Neukölln. Am Sonntag, den 13. und Sonntag, den 20. März, vorm. 9 Uhr, finden im großen Festaal der „Neuen Welt“ die Jugendweihnachten der U.S.P.-Neukölln, statt. Mitwirkende: Das Hoff-Trio, der Arbeiter-Kinderchor, Neukölln, Kammerlängerin Fräulein Doris Moran, Genosse Karl Schneider (Weißerode). Die Kartenausgabe erfolgt am Sonntag, den 8. März, von 4-5 Uhr, für den 13. März, von 5-7 1/2 Uhr für den 20. März im Jugendheim, Münchener Str. 52. Gastkarten zum Preise von 250 M., einschließlich Garderobe, sind dort und in den Freiheitspeditionen, Emser Str. 32, und Redakteurstr. 2, zu haben. Anmeldungen für den 13. März sind umgehend noch beim Genossen Schneider, Weisstr. 61, zu vollziehen, ebenfalls melden sich dort alle Angemeldeten, welche noch keinen Beitrittszettel erhalten haben.

Der Wurstel

Von Per Hallström

Verzögerte Uebersetzung aus dem Schwedischen

Von Marie Franzos

(1. Fortsetzung.)

Darin liegt ein ganz eigener Genuß. Es spricht auch etwas von primitiver Sehnsucht nach dem Tragischen mit, wenn man etwas in die Grube legt, Erde darauf schüttet und denkt: Jetzt ist es fort für immer. Das gibt eine Art süßen Schauer und unheimliche Märchen zusammen, die phantasiebegabten Kindern eigen ist. Es ist ein unschuldiges Vorspiel zu jenem Kult der Zerissenheit, der seine Feste in späterer Jugend feiert.

Aber ich erinnere mich, daß es auch etwas anderes war: diese verborgenen Sachen sollten nicht für immer verborgen bleiben. Einmal, in ferner, ferner Zeit, sollten sie von anderen Kindern wiedergefunden werden, die zufällig da gruben. Man genöth die Vorstellung, ihrer Schatzfindersfreude, und es bewegte einen ganz mystisch, sich ihre Gedanken auszumalen, wie sie rieten, wer wohl vor langer, langer Zeit diese Kostbarkeiten dort niedergelegt hatte. Es war in dem Spiel etwas von der so viel traurigeren Unruhe der Erwachsenen, auf die Nachwelt zu kommen, nicht ganz aus ihr zu verschwinden mit seinem verklungenen Schicksal. Man spielte die Leidenschaft des Ehrgeizes so gut wie irgend ein Herrscher oder Dichter mit dem Unterschiede, daß man alles logisch ganz vernünftig vergaß und sich die ganze Zeit viel besser dabei befand.

Wir hatten uns mit solchem Spiel beschäftigt und irgendwelchen Wunder eingegraben, Erik und ich, feierlich, flüsternd, obgleich niemand in der Nähe war, die Hände zitternd vor Eifer und Schamhaftigkeit vor Erde. Ich sprach von der Bedeutung des Vorhabens, die Erik tief erfasste, sprach von der fernen Zeit und den fernen Geschlechtern, denen es Freude bereiten würde, was wir vergraben hatten. Erik folgte, so gut er konnte, und wollte die Namen der unbekannteren Kinder wissen. Er war tief ergriffen, sein Haar kräuselte sich, und seine Wangen glühten. Uns gegenüber im Grabe saß bequem der Wurstel mit seinen weißen Hosen, er war nie weit von seinem Besitzer entfernt, und lächelte

sein gewohntes, gelassenes Lächeln und sah wehmütig und nachdenklich drein.

„In Erik war der Wunsch rege, auch etwas für die Nachwelt zu tun. „Will den Hansel eingraben,“ sagte er stammelnd und erröthend.“

Dies war etwas Unerhörtes, denn einmal mußte ich, wie lieb er den Wurstel hatte, andererseits war dieser nicht wie irgendein hergelaufener Jemand, den man nach Guldünken behandelte, sondern eine angesehenere persönliche Bekanntheit. Ich erhob Einwände.

„Das geht nicht,“ sagte ich. „Hansel ist zu fein. Das darfst du nicht. So etwas gibt man nicht fort. Deine Mama wäre übrigens sehr böse darüber.“

Es zuckte um seine Lippen. „Sie mag den Hansel nicht,“ sagte er. Niemand mag den Hansel, nur ich.“ — fügte er hinzu, mit noch flammenderen Wangen. Aber jetzt mag ich ihn auch nicht. Jetzt will ich ihn eingraben.“

„Aber wenn du das tust, dann merke dir, daß du ihn nie wiedersehen wirst; denn, was man einmal hineingelegt hat, wieder ausgraben, das — das kann man nicht. Das darf man nicht, das geht einfach nicht.“

Das stand als etwas Felsenfestes vor mir, ohne daß ich irgendeinen Grund dafür angeben konnte. Sonst wäre ja das Ganze ein leeres Spiel gewesen, wie alle anderen.

Aber Erik war hartnäckig und bestand auf seinem Wunsche, wenn er auch bei diesem: Nie, nie mehr! ein wenig zitterte. Er packte den Wurstel unfaßt und schleuderte ihn zu Boden, so daß das Gesicht nach unten fiel. Nun hatte er gar keine Waffe mehr; denn nur in seinem guten Gesicht hatte er seine Stärke gehabt. Eine Grube für eine so ansehnliche Kostbarkeit herzurichten, war an und für sich ein großes Vergnügen, das ich mir jetzt nicht mehr zu versagen brauchte.

Wir machten sie tiefer als sonst und arbeiteten wie die Maulwürfe. Als alles fertig war, legten wir Hansel der ganzen Länge nach hinein. Es war ein bißchen unheimlich, die erste Erde auf sein freundliches, blaßes Clowngesicht fallen zu sehen, aber sehr lustig, dann das Ganze zuzudecken und den Platz wieder glatt und nett zu machen. Da waren wir so müde, daß wir viel weniger empfanden als gewöhnlich und ohne weitere Spekulationen Hansel da liegen, wo er war. Als ich mich später an ihn erinnerte, stand sein Ende als etwas sehr Trauriges vor mir, und ein gewisses Schuldgefühl haftete an meinen Händen.

Aber das war ein Nichts gegen das, was sein Herr fühlte. Denn er berührte vielleicht alles, was in ihm an Gefühl entwickelt war. Von dem guten Wurstel hatte er nie etwas anderes als Liebes erfahren, stets war er bereit zu seiner Gesellschaft gewesen, wenn er eingesperrt war, bereit zu trösten, so gut er konnte. Im Boot hatte er seine Fahrt zu unbekanntem und seltsamen Gefilden gelenkt. Er war still und oft unbeobachtet gewesen, aber jetzt merkte man am besten, was er wert war und was er bedeutete hatte.

Als ich Erik nach ein paar Tagen wiedersah, fand ich ihn müßig und gelangweilt mit einem Blick von so wunderlicher Schwermütigkeit und scharfem Ernste, daß er auch meine flüchtige Kinderreflexion wahrnehmen mußte. Er sah da und schaukelte das Boot hin und her, wie gewöhnlich; aber jetzt war kein Vergnügen dabei, denn er lautete keinen Lauten, und es lag, zwischen dem Pfahl und der Brücke, wie ein armes, angefertigtes Tier.

Als ich ihn fragte, was er habe, antwortete er nur: „Ich bin so allein.“ Und er wiegte und wiegte sich, den Blick auf den Schoß gesenkt.

Da schlug ich ihm vor, hinzugehen und Hansel wieder auszugraben, und es zuckte in seinem ganzen Körper, so als ob jede Faser sich rein physisch nach der Verilung gefehlt hätte. Aber eine so männliche kleine Seele war er, daß er zauderte, ob es auch recht war, einen gefasteten Beschluß zu ändern — doch allzu schwer war es nicht, seine Strupzel zu überwinden.

So wanderten wir denn von dannen, um zu suchen, aber das hätten wir nicht tun sollen.

Das Gedächtnis der Kinder für Orte kann erstaunlich sicher sein, aber auch sehr launenhaft, und nun wollte es ein böses Schicksal, daß wir die Stelle vergessen hatten. Wir suchten Hand in Hand mit immer tiefer gebeugtem Rücken. Wir glaubten, das Gras müsse schon über die Stelle gewachsen sein, oder die Erde hätte ihr Aussehen verändert; Hansel war und blieb verschwunden. Und waren wir früher hart und gefühllos gewesen, so fielen wir jetzt beide seinem Andenken Gerechtigkeit widerfahren, wie wir so unheimlich in einer Welt, die für uns sehr leer geworden war. Hansel wurde eine Waise, ein Wunder von Anmut und Taten in meinen tröstlichen Worten, die dieselbe Wirkung hatten wie alle detartigen; schließlich schluchzten und weinten wir alle beide. Aber mein Kummer war natürlich nicht so ganz echt gefühlt und bald vergessen. (Schluß folgt.)

Internationale Sozialistische Konferenz

Methoden des Klassenkampfes — Der Kampf gegen die Konterrevolution

4. Verhandlungstag.

Wien, 25. Februar.

Die Debatte über das Referat Friedrich Adlers wird fortgesetzt.

Bisines (Rumänien): In Rumänien sind wir uns darüber klar, daß eine Zeit kommen kann, in der der Bolschewismus möglich ist. Es kommt nur darauf an, ob der Bolschewismus zweckmäßig ist. In Rumänien hat die bolschewistische Politik den Kampf des Proletariats sehr schwer gemacht. Darüber muß man sich allerdings klar sein, daß die reformistische Politik nicht weiter fortgeführt werden darf. Die neu zu schaffende Internationale wird sich darin von der zweiten unterscheiden, daß wir revolutionäre Methoden durch sie zur Anwendung kommen. Aber die revolutionären Methoden bedeuten nicht Bolschewismus.

Dörmann (Deutschland): Der Schwerpunkt unserer Aufgabe liegt darin, einen internationalen Zusammenschluß zu ermöglichen, um die sozialistische Internationale zur höchsten Aktivität zu bringen. Der Krieg hat gewaltige Veränderungen in politischen wie in wirtschaftlichen Machtverhältnissen zur Folge gehabt, neue Staaten entstanden, andere zerfielen. Das Kapitalverhältnis hat sich vollständig verschoben. Es ist falsch zu sagen, unsere Hilfe kommt vom Osten. Wollen wir den Kapitalismus international besiegen, so brauchen wir dazu das Proletariat aus dem Westen ebenso wie aus dem Osten. Wir durchleben eine dreifache Krise, eine politische Krise, daneben eine internationale wirtschaftliche Krise, und hierzu kommt noch die Krise innerhalb der Arbeiterklasse. Die politische wie die wirtschaftliche Krise zeigen uns, daß ein kapitalistischer „Völkerbund“ keine ertäglichen Zustände wieder bringen kann. Neue Bewältigungen drohen. Eine Gesundung der Wirtschaft kann nur durch den Sozialismus herbeigeführt werden. Dazu ist der internationale Kampf des Proletariats notwendig. Aber ein Appellkenntnis zu internationaler Kampfbereitschaft nützt uns nichts, wir müssen den festen Willen zur Tat haben. Die Bewirklichung des Sozialismus steht heute im Vordergrund der Tagesordnung. In der Erregung der politischen Macht ist noch nicht die Bewirklichung des Sozialismus gegeben. Der Erregung der politischen Macht muß die Erregung der wirtschaftlichen Macht folgen. Zur Durchführung des Sozialismus brauchen wir nicht nur die politischen Parteien, sondern auch die gewerkschaftlichen Organisationen. Es ist unrichtig anzunehmen, daß sich nur in den politischen Parteien des Proletariats die Erkenntnis von der Notwendigkeit der sozialistischen Aktionen durchsetzen muß. Auch in den Gewerkschaften erweist sich diese Erkenntnis als immer fraglicher. Das gilt sogar für die Gewerkschaften international, wie die Beschlüsse von Kopenhagen zur Genüge dartun, und male, wie die Beschlüsse von London die Gewerkschaften in London haben wir in unsern Beschlüssen die Gewerkschaften internationale auf den Kampf, den Sozialismus festgelegt. Die Annahme, die die Amsterdamer Internationale als „gelbe“ bezeichnen, treffen uns nicht. Wir gehen unsern Weg. Nicht mit Schwärmungen und Angriffen können wir das Proletariat als Kampfkämpfer gewinnen. Unser Ziel ist und bleibt der Zusammenschluß des Proletariats zum Kampfe für den revolutionären Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Klein (Litauen): Das fettsche Proletariat ist immer in der russischen Sozialdemokratie die Avantgarde gewesen. Wenn wir uns entschließen haben, nach Lützen, Genz und Wien zu gehen, anstatt nach Moskau, so deshalb, weil es uns klar war, daß hier in Wien die ersten Schritte unternommen werden müssen, um die Mittel zur Führung des internationalen Kampfes in die Hand zu geben, die uns weder von Moskau gegeben noch von der zweiten Internationale ausgeteilt worden sind. Wir haben mit den Bolschewisten eine Zeitlang zusammengearbeitet in den Arbeiterräten. Wir sehen in den Arbeiterräten eines der besten Mittel, aber nicht das alleinigmachende. Wir fordern, daß alle möglichen Mittel angewandt werden müssen. Welche Mittel das sein können, ergibt sich aus den jeweiligen Verhältnissen eines jeden Landes. Wir haben seither in der Nationalitätenfrage sehr viel von den Bolschewisten gelernt, und sehen jetzt auch in der Frage der Arbeiterräte auf dem Boden der österreichischen Auffassung, die Arbeiterräte als Arbeiterparlament neben dem allgemeinen Parlament zu konstituieren. Solange die russischen Genossen ihre bisher eingehaltenen Methoden weiter praktizieren, die wir bei uns im eigenen Lande zu führen bekommen haben, können wir nicht sagen: „Hände weg von Rußland“, sondern wir müssen alles tun, um die russischen Genossen zu gewinnen und zu versuchen, damit sie sich zurückfinden auf den Boden des internationalen Kampfes, der auch Erfolg verheißt. Die bolschewistischen Methoden werden vielleicht schon bald eines natürlichen Todes sterben und wenn wir den revolutionären Kampf führen, wie wir es in allen unsern Ausführungen betont haben, dann werden wir den Bolschewisten die jeden Kampf schädigenden Waffen aus der Hand nehmen.

Adler-Wien (Schlußwort): Die Kommission hat in drei Sitzungen festgestellt, daß die Thesen die dem Kongress vorgelegt haben, das enthalten, was sie enthalten müssen. Die vorgenommenen Änderungen sind nur stilistischer Natur. An zwei Punkten wurde eine überaus scharfe anschließende Kritik geübt. Die eine Differenz bestand mit den englischen Genossen, die mit dem ganzen Aufbau der Thesen nicht einverstanden sind. Sie sind der Ansicht, daß sich in ihrem Lande die Bourgeoisie nicht abdrängen lassen wird von dem Boden der Demokratie. Das was in anderen Ländern als Gefahr für sie auch anerkannt wird, daß die Bourgeoisie zur Gewalt greifen werde, treffe für England nicht zu. In der entscheidenden Phase des Klassenkampfes werde die Bourgeoisie in England sich fügen. Wir konnten sie nicht davon überzeugen, daß die Erfahrungen anlässlich der Kämpfe in Irland doch etwas anderes erkennen lassen. Der Genosse Schreiber (Rußland) forderte, das Sowjetssystem als das einzige Kampfesinstrument zur Herbeiführung des Sozialismus in den Thesen zu bezeichnen. Die Kommission hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Entscheidung über diese Frage noch nicht gefällt werden kann. Es seien auch andere Methoden der Diktatur des Proletariats in den verschiedenen Ländern möglich. Bei der Verschiedenheit der politischen und wirtschaftlichen Konstellation der Länder sei es deshalb nicht angebracht, sich in den Thesen unter allen Umständen auf ein System festzulegen. Weiter wurde in den Richtlinien klar zum Ausdruck gebracht, daß zwar jeder Beschluß der Internationale, weil er die Glieder binde, eine Einschränkung der Autonomie bedeute, daß aber diese Einschränkung der Autonomie eine selbstgewollte sei. Hierin kommt zum Ausdruck, was uns scheidet von der zweiten sowie von der dritten Internationale. Uebrigens hat die Politik der dritten Internationale wieder eine neue Frucht gezeitigt. Es sind nämlich die geistigen Führer in Deutschland, Dr. Lepp, in Dänemark und Adolf Hoffmann aus der Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei ausgetreten. (Große Heiterkeit.) Die Leitung dieser Partei liegt nunmehr in den Händen Stoeders, den wir auch hier in Wien kennengelernt haben. (Erneute große Heiterkeit.) Die Kommission schlägt der Konferenz die folgende Resolution zu dem Punkte der Methoden und Organisation des Klassenkampfes vor:

Die Internationale Sozialistische Konferenz in Wien ruft alle Arbeiter zur Einigkeit der sozialistischen Bewegung in den einzelnen Ländern und in der Internationale auf. Sie ist entschlossen, auf der Grundlage der von ihr gefaßten Beschlüsse und Resolutionen mit allem Nachdruck für die Bewirklichung dieser Einigkeit zu arbeiten. Sie fordert die Sozialisten aller Länder auf, ihre Bemühungen zu unterstützen, indem sie sich in tatkräftigster Weise um die Herstellung einer revolutionären proletarischen Einheitsfront gegen den Kapitalismus und Imperialismus sowohl in ihrem eigenen Lande als auch im Schöße der internationalen proletarischen Klassenorganisation bemühen.

Diese Resolution ist getragen von der Auffassung, daß nur die Einheit und der entschlossene Wille des Proletariats zu energischem internationalem Kampfe das Proletariat zum Siege führt.

Adler teilt unter großer Heiterkeit mit, daß die „rote Fahne“ in Berlin behauptet, schon vor Beginn dieser Konferenz sei mit Vertretern der 2. Internationale verhandelt und außerdem die Polizei ersucht worden, die Konferenzteilnehmer vor einer Demonstration der Kommunisten zu schützen. Troelstra (Holland) sei zwar anwesend, aber als Vertreter des Het Volk, also in einer nicht wesentlichen Eigenschaft als das Mitglied der russischen Regierung Bronsky-Bardzewski. Weiter mit dem einen noch mit dem andern sei verhandelt worden. Es liegt auch gar nicht im Wesen der Konferenz, mit Vertretern der beiden „Internationalen“ zu verhandeln. Zu dem Märchen von dem Eruchen um politische Schenkung wolle er nur bemerken, daß die Wiener Arbeiter einen solchen Schenkung nicht nötig hätten, da sie selbst stark genug seien, sich zu schützen. (Brausender Beifall.)

Bericht der Kommission über Methoden und Organisation des Klassenkampfes

5. Verhandlungstag.

Wien, 26. Februar.

Grimm (Schweiz) Berichterstatter: Die Kommission hat eine Reihe von Änderungen und Umstellungen vorgenommen. Sie ist sich bewußt, daß es sich vorläufig nur um ein Protokoll handeln kann. Sie schlägt vor, klar auszusprechen, daß weder die 2. noch die 3. Internationale als eine Internationale anzusprechen sind, daß aber auch wir nicht den Anspruch darauf erheben, eine Internationale zu sein. Die Internationale ist ein Prozeß, sie kann nur ein Produkt der objektiven und subjektiven Verhältnisse sein. Sie ist nicht durch einen Wortspruch zu schaffen. Trotzdem müssen wir, obwohl wir keine allumfassende Internationale sind, einen Teil der Aufgaben erfüllen, die einer allumfassenden Internationale zukommen. Es ergab sich eine Differenz über die Aufgaben der Konferenz. Schweizer Genossen vertreten die Auffassung, es sei unsere Aufgabe, die 21 Punkte über die Anschlussbedingungen zu revidieren und die Verschmelzung mit der 2. Internationale herbeizuführen. Demgegenüber ist auf das jüngst von dem Exekutivkomitee der 3. Internationale erlassene Manifest hinzuweisen, in dem gesagt wird: „Niemals wird die 3. Internationale diese Agenten der Bourgeoisie in ihre Reihen aufnehmen.“ Und an einer andern Stelle heißt es: „Die Klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt mühten die Wiener Konferenz der Lügner und Verräter mit der ganzen Verachtung übergehen, die sie verdient, sie müsse sie kopplizieren, genau so wie sie die 2. Internationale koppliziert habe.“

Wenn man uns so behandelt, so ist es selbstverständlich, daß jeder Versuch, sich mit der 3. Internationale zu verbinden, zur vollkommenen Ausschließlichkeit verdammt ist. (Sehr richtig!) Es gelang uns denn auch, die Schweizer Genossen davon zu überzeugen. Aus diesem Grunde hat die Kommission die Anträge der Schweizer Genossen abgelehnt.

Genosse Schreiber von den Linken Sozialrevolutionären hat beantragt, wir möchten uns beschränken auf die Nennung der zweiten Internationale und die dritte Internationale nicht erwähnen, weil Arbeiter, die mit der dritten Internationale nicht zufrieden sind, der zweiten Internationale auf Grund ihrer Auffassung aber nicht angehören können, abgestoßen würden. Aber dieser Antrag Schreiber beruht nur auf einem Mißverständnis. Alle Parteien, die sich auf den Boden unserer Konferenzbeschlüsse stellen, können jederzeit unserer Arbeitsgemeinschaft beitreten.

Für die Tätigkeit im Exekutivkomitee kommen nach den Vorschlägen zum Organisationsstatut fünf Länder in Betracht, die in inniger Gemeinschaft miteinander bleiben und ihre Vorschläge machen und Anordnungen treffen sollen. Besonders wichtig ist der Informationsdienst. Was wir an Mitteln gebrauchen, muß durch die Partei selbst aufgebracht werden, da ihre Quellen vor irgendeiner Stelle zuzufinden, wie das bei der dritten Internationale der Fall ist. Aber wir sind auch der Meinung, daß, wenn die Arbeiter die Mittel selber aufbringen müssen, damit für den Zusammenhalt und die Aktion besseres getan ist, als wenn irgendein reicher Stipendiat die Internationale finanziert. Da sind wir zu dem Vorschlag gekommen, 5 Prozent der Mitgliedsbeiträge an das Sekretariat abzuführen. Wenn die Partei über diesen beschriebenen Betrag hinaus ein Uebrigtes tun kann und will zur Finanzierung der Arbeitsgemeinschaft, so sollte uns das sehr freuen.

Änderungsanträge werden nicht gestellt, eine Debatte wird nicht beliebt. Die Abstimmung ergibt einstimmige Annahme der Thesen. Schreiber konstatiert, daß sich die Linken Sozialrevolutionäre der Abstimmung enthalten haben. Das Statut wird bei Stimmenthaltung der Linken Sozialrevolutionäre angenommen. Das Reglement wird einstimmig, ohne Stimmenthaltung angenommen.

Auch die Resolution, die bereits in dem Bericht des vorhergehenden Tages enthalten war, wird einstimmig ohne Stimmenthaltung angenommen.

Hierauf spricht als Referent zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Imperialismus und soziale Revolution

Rebebour (Deutschland): Wir dürfen uns nicht verhehlen, daß die Revolution jetzt wieder in eine absteigende Periode getreten ist, die uns zwar unsern Kampf erschwert, aber auch um so mehr die Verpflichtung auferlegt, all unsern Willen und Können in den Dienst der Sache zu stellen und unsere ganze Person für das Ziel einzusetzen. Wir befinden uns jetzt in einem Wellental der revolutionären Bewegung. Wir dürfen auch nicht sagen, daß der Kapitalismus infolge des Weltkrieges zusammengebrochen ist, nur das monarchistisch-dynastische Regierungssystem. Der Kapitalismus ist eine viel widerstandsfähigere Bestie als irgendeine monarchistische Dynastie. Der Kapitalismus hat zwar auch Haare lassen müssen, aber er ist weiter aufgeschwollen, zerbrochen ist sein Herrschaftsinstrument. Aber da die Arbeiter damit in ihrer wirtschaftlichen Unbeholfenheit nichts ausnutzen, hat der Kapitalismus Zeit gehabt, sich wieder aufzurichten, und sich neue Herrschaftsinstrumente zu schaffen. Jetzt arbeitet er mit seinem demonstrierlich aufgeschwollenen Herrschaftsinstrument sehr gut. Schuld daran, daß der Kapitalismus solche Erfolge hatte, ist die Erkenntnislosigkeit der Arbeiter selbst. Wir hatten vor Jahresfrist in Deutschland den Kapp-Putsch erlebt. Der Putsch ist vereitelt, weil die Arbeiterschaft in allen ihren Verzweigungen, in den politischen wie in den wirtschaftlichen Organisationen und auch im offenen bewaffneten Kampf die Putschisten niedergeschlagen hat. In der Notwendigkeit der Aktion der Arbeiterschaft verschlehte der reaktionäre Anschlag. Nur einige Tage hat die Einmütigkeit gedauert, jetzt ist der Kampf der Arbeiter gegeneinander heftiger als zuvor. Das daraus folgt, sehen wir in Bayern, wo Herr Kahr das Ausführungsorgan der reaktionären monarchistischen Kreise ist. Die Orgel weigert sich, sich entzünden zu lassen, ungeniert operiert sie mit dem Auslande, besonders auch mit den Konterrevolutionären in Oesterreich. In Deutschland geben weder die Reichsregierung, noch die bayerische Regierung dagegen vor, sie sind Gesinnungsbrüder. Gegen die Arbeiter jedoch greift man zu den terroristischen Mitteln. In Ungarn ist die Konterrevolution bereits zum Siege gekommen. Ähnlich wie in Ungarn ist die Situation in Polen, auch aus Rumänien kommen Nachrichten, daß die Regierung einen ganz ähnlichen Standpunkt einnimmt.

Was können und wollen wir tun, um diese Dinge zu bekämpfen? Es ist die einheitliche Auflösung aller Parteien, die an unserer Konferenz teilnehmen, daß wir alle Kampfmittel der Arbeiterschaft anzuwenden haben, um die reaktionären Anschläge abzuwehren und die Reaktion niederzuringen.

Zunächst haben wir zu richten mit den Kampfmitteln, die die Arbeiter in ihren wirtschaftlichen und seit einigen Jahren auch in ihren politischen Kämpfen anwenden. Das sind der Streik und der Boykott. Wenn es sich um Angriffe auf ein sozialistisches oder kommunistisches Staatswesen handelt, fragen wir nicht, welche Doktrin dort die herrschende ist, dann suchen wir nur die Angriffe abzuwehren.

Als die Ententeemächte verlusten, Waffen, Munition und Kriegsgüter nach Polen zu transportieren, haben sowohl die deutschen wie die französischen und englischen Arbeiter die Transporte verhindert. In allen unsern Ländern müssen wir, falls irgendwelche Angriffe gegen die Sowjetzentierung unternommen werden sollten, die Arbeiter informieren, mit allen Mitteln dagegen Stellung zu nehmen, und jeden Kampf gegen Sowjetrußland zu verhindern. Ebenso müssen wir alles daran setzen, damit die Beziehungen mit Rußland in vollem Umfang wieder aufgenommen werden können. Gegen Sarajewo-Ungarn ist ebenfalls ein Boykott verhängt worden, allerdings fast ausschließlich von unsern österreichischen Genossen. Auch als die Orgelsteine in Deutsch-Oesterreich verlusten, ein „Landeschießen“ zu veranstalten, da waren das insbesondere die Tiroler Eisenbahner, die das verhinderten, indem sie den Transport dieser Wägen verweigerten. Wenn der Kapp-Putsch eine Neuausgabe durch einen Orgelstreich bringen sollte, dann dürfen wir uns nicht mit der Abwehr begnügen, sondern müssen alles daran setzen, daß jedem reaktionären Regierungssystem ein für allemal der Boden entzogen wird.

Ich kann mich darauf berufen, daß wir das nicht nur mit Worten forderten, sondern uns auch verschiedene Male in der bewaffneten Aktion beteiligt haben, in den Novemberkämpfen, bei der Januarerhebung und beim Kapp-Putsch frönte man nicht nach dem Mißgeschick der Kämpfer, sondern ging bereit vor zur Tat. Wenn uns ein neuer reaktionärer Putsch bedroht, dann werden wir uns nicht nur auf einen Abwehrkampf beschränken, sondern die Gesellschaft niederzwingen und die neu gewonnenen Positionen so befestigen, daß es keine reaktionäre Putsch mehr geben kann. Nur wenn unsere Bewegung das Feuer des Kampfes dem revolutionären Proletariat der ganzen Welt vorantreibt, wird unsere Arbeitsgemeinschaft ihre Mission erfüllen.

Die Kämpfe, in denen wir stehen, sind Glieder einer langen Kette. Auch die bürgerlichen Revolutionen waren in gewisser Beziehung Glieder dieser Kette, jetzt aber sind wir in die Periode der sozialistischen Revolution eingetreten. Die gegenwärtige revolutionäre Bewegung ging aus von einem imperialistischen Kriege, sie begann im Osten und hat sich forspflanzt nach Westen zu. In Deutschland und Oesterreich ist diese Bewegung ins Stoden gekommen, weil die Positionen des kapitalistischen Regimes in den Westländern nicht erschüttert waren. Aber die Revolution wird dennoch nicht haltmachen an den Westgrenzen des Deutschen Reiches. Wir leben jetzt schon, daß auch die französischen und englischen Arbeiter revolutionäre Betätigung bekommen werden. Ich hoffe, daß, wenn die Epoche der revolutionären Kämpfe in den Westländern gekommen sein wird, daß auch das Proletariat der Westländer wieder in den vorbersten Reihen marschiert, und mit uns das rote Banner der sozialistischen Revolution dem Weltproletariat vorantreibt.

Wir müssen unseren Genossen im Lande sagen, daß wir nicht nur revolutionäre Worte gebrauchen, sondern auch zu revolutionären Taten schreiten. Wer dann nicht bereit ist, der gehört nicht hinein in unsere Arbeitsgemeinschaft. Werden wir unsern Aufgaben gerecht, dann werden wir der Kern der revolutionären Kampftruppe der Welt sein. Man hat uns mit Verleumdungen überhäuft, aber das ist ja das Los aller revolutionären Kämpfer gewesen, daß man ihnen heute zurief „Hosianna“ und morgen „Kreuziget ihn“. Wenn wir uns nur selbst treu bleiben, dann werden wir die revolutionäre Macht werden. Wohl bejammern überlegt handelnd, aber doch entschlossen vorwärts gehend. So werden wir die Zukunft der Menschheit mit unsern Händen gestalten. (Lebhafter Beifall.)

Rebebour beantragte nun folgende

Resolution:

In allen kapitalistischen Ländern ist nach den ersten Erfolgen der proletarischen Revolution infolge der ungenügenden Kraft der Arbeiterschaft und ihrer inneren Zerrwürfnisse die Konterrevolution wieder erkrankt. Die Konferenz fordert daher alle in ihr vertretenen sozialistischen Parteien auf, ihre Kräfte auf die Abwehr der bürgerlichen Konterrevolution zu konzentrieren, den diktatorischen Gefühlen der kapitalistischen Regierungen gegenüber die vom Proletariat erzwungenen Rechte und Freiheiten zu verteidigen und den Kampf für die Behauptung der eroberten Positionen zu dem Zwecke auszuüben, um durch die Zusammenfassung des revolutionären Proletariats die politische Macht zu erobern.

Die Konferenz verpflichtet die sozialistischen Parteien, mit allen Kräften, über die sie verfügen, die konterrevolutionäre Intervention der kapitalistischen Mächte in Sowjetrußland zu bekämpfen, die Herstellung des Friedenszustandes mit Rußland, die Aufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetrepublik zu fördern und jede kriegerische Aktion der kapitalistischen Mächte gegen Sowjetrußland, insbesondere auch durch Verhinderung der Truppen- und Munitionstransporte, zu bekämpfen.

Die Konferenz erklärt die ungarische Konterrevolution für eine unmittelbare Bedrohung des ganzen mitteleuropäischen Proletariats. Sie verpflichtet die sozialistischen Parteien der westlichen Länder, die Unterstützung der ungarischen Konterrevolution durch die Ententeemächte zu bekämpfen. Sie verpflichtet die sozialistischen Parteien aller Länder, den Freiheitskampf des ungarischen Proletariats mit ganzer Kraft zu unterstützen und jeden Angriff Horthy-Ungarns auf einen seiner Nachbarn mit allen Mitteln abzuwehren.

Desgleichen verpflichtet die Konferenz die sozialistischen Parteien, jedes sich bietende Gelegenheit zu benutzen, um die konterrevolutionären Intrigen der polnischen und rumänischen Herrschenden zu durchkreuzen.

Die nächste Pflicht des revolutionären Proletariats ist es, im eigenen Lande die konterrevolutionären Bestrebungen unschädlich zu machen. Daher muß das deutsche Proletariat den geplanten Putsch der reaktionären Orgelsteins abwehren. Sollte die frecher werdende Reaktion die Arbeiterschaft zum Kampfe herausfordern, so soll es nicht bei der Abwehr sein Bewenden haben; die Niederwerfung der monarchistischen Banden muß vielmehr in die Mächtergreifung des Proletariats ausmünden. Das deutsche Proletariat wird damit auch eine internationale Pflicht erfüllen; denn jetzt schon greifen die Orgelsteinsformationen nach Deutsch-Oesterreich über, um über Oesterreich hinweg den ungarischen Weißgardisten die Hand zu reichen.

Die Konferenz protestiert gegen die Unterdrückung und Verfolgung des Klassenbewußten Proletariats in den kapitalistischen Ländern, wie insbesondere in Ungarn, Jugoslawien, Polen, Rumänien, Spanien. Sie stellt fest, daß selbst in der angeblich freiesten Republik der Welt in den Vereinigten Staaten, die kapitalistische Unterdrückungstendenz sogar in friedlichen Zeiten zu einer terroristischen Vergewaltigung des Proletariats führt, wie das Schicksal des großen Vorkämpfers der amerikanischen Arbeiterschaft, des Genossen Eugene Debs, und vieler anderer amerikanischer Sozialisten beweist. Die Konferenz fordert alle Genossen, die in den Kreisen der Bourgeoisie schwächen, ihre Brüderlichen Gräke und beauftragt die von der Konferenz gewählte Kommission, alle geeigneten Mittel anzuwenden, um den von der Kapitalistenklasse niedergeworfenen Arbeiterparteien die solidarische Unterstützung des gesamten internationalen Proletariats zu sichern. (Stürmischer Beifall.)

Jugendbewegung

Die Kunst der Jugend

Müssen wir Kunst verstehen lernen? Müssen wir vor einem Kunstwerk, sei es ein Drama auf der Bühne, ein Bild an der Wand, eine plastische Figur im Raum, Wort und Pinselstrich und Meißelschlag überlegend prüfen? Etwa so, als wenn wir, über ein wissenschaftliches Buch gebeugt, in der Folge von Sätzen den Faden des Zusammenhangs suchen, um die Richtigkeit des Beweises zu prüfen? Müssen wir unbedingt Namen und Herkunft des Künstlers und die historischen Umstände des Entstehens seiner Werke kennen, um uns an einem Werk seines Geistes und seiner Hand teilen zu können, wenn es unvermittelt vor uns hintritt?

Gewiß ist es gut, wenn wir von der Kunstgeschichte etwas wissen und uns über Namen und Art der großen Schöpfer der ewigen Werte der Kunst und über die Zeitumstände ihres Erdenwandels Rechenschaft geben können. Denn auch die Kunst ist ein Ding der Zeit und nicht zu allen Zeiten ist die Kunst gleich. Und Kunstgeschichte ist gewiß ein Gebiet, auf dem sich unsere Jugendorganisationen tummeln sollen.

Aber Kunst ist — das ist so merkwürdig an ihr — auch ein Ding an sich. Ein zeitloses Ding, ewiger Schönheit gleich, eine Zauberkraft, die allezeit leuchtet und erglänzt macht, nicht zu allen Zeiten wird uns alle Kunst gleich innig berühren, erschüttern, entzünden, hinreißen, erheben. Manche Kunst ist für uns, für den Menschen dieser Zeit und vor allem für den Menschen unserer Klasse, für den Proletariern dieser revolutionären Zeit ein hushender Schatten, der nichts Weißendes in uns weckt, weil er nichts Verwandtes in uns berührt, nicht in unserem Sein schlummerndes zur Entfaltung bringt.

Da haben wir es! Kunst will uns erheben und erschüttern, entzünden und hinreißen, will in uns schlummernde Gefühle und Triebe wecken und zur Entfaltung bringen. Zur Entfaltung fördern — entweder eine große Sehnsucht oder Leidenschaft oder einen bestimmt gerichteten Willen oder den Trieb etwa zur Gerechtigkeit und Menschlichkeit. Oder sie will uns einfach erfreuen und unser Herz höher klopfen lassen. Gelingt es, so wird uns ein Kunstwerk nicht nur für die Minuten oder Stunden, da es lebhaftig vor uns steht, seine Wirkung auf uns üben, sondern es wird von seinem Glanz einen Schimmer fallen lassen auf unser ganzes Leben. Es ist so merkwürdig: wenn unser äußeres Dasein uns in eine bestimmte Stimmung bringt, dann fällt uns oft plötzlich ein Kunstwerk ein, das wir einmal irgendwo erlebt haben. Wir summen oder jubeln eine Melodie, wir sehen die Sonne über einer Landschaft leuchten, wir flüstern einige Worte aus einem Gedicht. Hier hat etwas Wurzel geschlagen in uns, hier haben wir angefaßt die Kunst einmal etwas erlebt. Und Erlebtes ist ewig. Nur Erlebtes.

Der Künstler ist vor allem eins: ein Mensch. Aber ein ungewöhnlicher Mensch. Einer mit starker Innerlichkeit, mit einer großen Sehnsucht, mit einem wuchtigen Willen, einem schönen Sinn. Alle Triebe in ihm sind so mächtig, daß sie zur Tat drängen. Tat wird bei ihm das Werk, die Kunst. Und Tat ist Erleben. In schöpferischen Taten der Kunst entfaltet der Künstler immer wieder die Seiten seiner eigenartig großen Persönlichkeit. Im Schaffen erlebt er sich selbst — und seine Zeit.

Und wir sollen vor ihn hintreten und mit ihm erleben. Frisch und unbefangen, mit empfänglicher Seele sollen wir seine Gaben hinnehmen. Dann werden wir wachsen und Anteil haben an seiner Kraft, am Reichtum seines Menschentums. Wo aber wäre unbefangene Empfänglichkeit in höherem Maße gegeben, als in der aufnahmefähigen Seele unerdorbener Jugend, die, noch nicht gedrückt von Sorgen, nach Leben schreit, nach Liebe sucht, nach Taten verlangt! Ist nicht das Leben der Jugend eine einzige große Sehnsucht nach eigener Entfaltung, nach Befreiung vom langsamen Alltag, nach einem Empor zu schönerem Menschsein?

Darum kann Kunst uns nähern, bereichern, wertvoller machen. Wertvoller für uns selbst und für unser Werk: die Befreiung unserer Klasse. Darum sollten die Jugendorganisationen sie pflegen durch gemeinsame Mu-

seums- und Theaterbesuche, durch gemeinsames Lesen aus-erlesener Werke großer Dichter. Es heißt, die Athener Bürger verkümmerten die Schlacht, um im Theater bleiben zu können. Wir gehen ins Theater, gehen zur Kunst, um die Schlacht zu gewinnen!

Jugendvolksbühne

Außerhalb ihres Spielplanes veranstaltet die Volksbühne seit einiger Zeit Vorstellungen für Jugendliche von 12 Jahren an. Der Besuch der Vorstellungen ist nicht an die Mitgliedschaft in der Volksbühne gebunden. In der nächsten Zeit finden folgende Vorstellungen statt, die wir unseren Jugendgenossen empfehlen.

Volksbühne am Bülowplatz (Beginn 2 1/2 Uhr): Sonnabend, den 12. März: Das Postamt, von Logore und Die Komödie der Irrungen, von Shakespeare. Mittwoch, den 27. April: Das Postamt, von Logore und Die Komödie der Irrungen, von Shakespeare.

Neues Volkstheater, Köpenicker Straße 65 (Beginn 8 Uhr): Sonnabend, den 19. März: Der Parasit (frei nach dem Französischen), von Friedrich Schiller. Sonnabend, den 9. April: Der Parasit (frei nach dem Französischen), von Friedrich Schiller. Eintrittspreise für die Vorstellungen in der Volksbühne 2 M., im Neuen Volkstheater 1,50 M. (Garderobe und Theaterzeitung frei). Eintrittspreise jeweils 3 Wochen vor den betreffenden Vorstellungen in folgenden Verkaufsstellen:

Norden: Tisch, Invalidenstr. 124; Buch, Waldplaquestr. 14; Tisch, Schönhauser Allee 41. — **Nord-West:** Feder, Goltzstr. 10. — **Ost:** Theaterkasse Herm. Tisch, Frankfurter Allee 5-6. — **Süd-Ost:** Pilsch, Cuvstr. 33; Horch, Engelstr. 15; Schulz, Admiralstr. 40a; Volksbühnen-Buchhandlung, Köpenicker Straße 65; Schüge, Wiener Str. 18. — **Süd-West:** Theaterkasse Herm. Tisch, Leipziger Str. — **West:** Wolff, Steinmeßstr. 14. — **Zentrum:** Theaterkasse Herm. Tisch, Alexanderplatz; Geschäftsstelle der Volksbühne, Vilmstr. 227. — **Charlottenburg:** Dorn, Potsdamer Str. 5a; Schmidt, Kollnseierstr. 4. — **Wilmersdorf:** Langfeld, Bernhardtstr. 15. — **Friedenau:** Danz, Rheinstr. 25. — **Neukölln:** Hein, Thüringer Str. 37.

Aus der Partei

Allen Genossen zur Beachtung!

Vom Zentralkomitee wird uns geschrieben: Die im Parteitagender der U. S. P. enthaltenen Anweisungen von Parteigenossen stimmen infolge der Spaltung nicht mehr. Die neuen Adressen sind bei allen Bezirks- und Parteisekretariaten, sowie den Parteiblättern zu erfahren.

Der Nachahmung wert!

Eine Konferenz der Ortsvorstände im Unterbezirk Jagen i. W. beschloß einstimmig, einer Anregung des Zentralkomitees zu folgen und den Grundbeitrag für weibliche Mitglieder auf 1 M., für männliche auf 2 M. pro Monat festzusetzen. Von diesem Beitrag sind die Anteile an den Bezirk und die Zentrale abzuziehen. Darüber hinaus soll jedes Mitglied sich selbst einschätzen, welchen höheren Beitrag es bezahlen kann. Es werden zu dem Zwecke Marken zu 1, 5 und 10 M. durch die Kassierer angeboten werden. Es läßt eine Reihe von Mitgliedern in allen Orten, die leistungsfähiger sind und denen deshalb Gelegenheit zu einer Mehrleistung gegeben werden muß. Die erhöhten Einnahmen sollen den Bezirken verbleiben, damit dort eine größere Bewegungsfreiheit in finanzieller Beziehung erreicht wird.

Der Fall Efferoth. Wie die Unabhängige Volkszeitung in Dresden vor einigen Tagen mitteilte, ist der Genosse Efferoth aus der Redaktion dieses Blattes ausgeschieden, nachdem sich die Propagandakommission und die Dresdener Parteinstanz mit Angriffen beschäftigt hatte, die gegen Efferoth vom Dresdener rechtssozialistischen Blatte erhoben worden waren.

Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages beriet am Donnerstag über die künftige Gestaltung der Hafenzirtschaft, stellte aber schließlich diesen Gegenstand zurück und erledigte dann den Entwurf einer Verordnung über die Verei-tung von Kuchen. — Der angenommene § 1 spricht aus, daß bei Bereitung von Kuchen und Tortenmasse in gewerblichen Betrieben, Bäckereien und Konditoreien für Backwaren zum Absatz gegen Entgelt nur noch bis zu 30 Prozent Mehl verwendet werden dürfe. — In § 2 wird bestimmt, daß in den genannten Betrieben bei Bereitung von Kuchen, Torten und Eispeilen Butter, Butter-Schmalz und frische Milch nicht verwendet werden dürfen. — Die Verordnung tritt am 15. März in Kraft.

Der Wohnungsausschuss des Reichstages formuliert am Donnerstag den § 8 des Wohnungsaufgabegesetzes wie

folgt: Die Länder und Gemeinden liefern 20 v. H. des Kostentrages der Abgabe bzw. der Zuschläge an das Reich ab. Die Abfertigungspflicht entfällt für die nach § 6, Abs. 1, Satz 3 des Satz von 5 v. H. übersteigenden Zuschläge der Gemeinde bzw. Gemeindegremien. — Für reichseigene Miet- und Dienstwohnungen ist der den Ländern und Gemeinden verbleibende Betrag an das Reich abzuführen; zwischen dem Reich und den Ländern kann eine Pauschallierung vereinbart werden.

Arbeiter Sport

Arbeiter-Ruderverein „Solidarität“. Sonnabend, 5. März: Langstreckenfahrt nach Brandenburg an der Havel. Start 4 1/2 Uhr nachm. am Bahnhof Tiergarten. Sportgruppen aller Abteilungen und Ortsgruppen mit guten Rudern willkommen. Bitte schnellstens durch Telegramm Amt Köpenick 65 die Teilnahme bekanntzugeben. 1. Abt. nach Potsdam (Schwimm). Start 1 1/2 Uhr, Bülowstr. 35. 2. Abt. Die Sitzungen und Starts bleiben nach wie vor im Ruderturm, Fontane-promenade 18. Sonntag, Langstreckenfahrt nach Altmünde. Start 8 Uhr früh. 3. Abt. folgen nach Spielstätten im Treptower Park. Start 1 Uhr, Weberwiese, Götterstr. 11. 4. Abt. nach Schwabow (Küper). Start 1 Uhr, Komtureiplatz. 5. Abt. nach Waldmannsdorf (Schwabe). Start 1 Uhr, Schulstraße, Ecke Prinz-Luisen-Strasse. 6. Abt. nach Brandenburger. Start 12 Uhr, Bülowstr. 35. 7. Abt. mit am Start, Brandenburger, 2. bekanntzugeben. Freitag, Charlottenburg, Erbkunowstr. 22, Treffpunkt durch den Grunewald. Sonntag, 11. März, im „Birnbaum“, Start 1 Uhr, „Birnbaum“, Kolonnenstr. 22, Treffpunkt durch den Grunewald. Sonntag, 11. März, ebenfalls 7 Uhr, Generalversammlung im Schützenhaus, Reichenbergerstr. Der wichtige Tagesordnung (Anteilnahme) wegen ist es Pflicht jedes Genossen, zu erscheinen.

Aus den Organisationen

Freitag, 4. März.

3. Abt. 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula, Volkstr. 44-45. Vortrag des Parteigenossen E. Kahlert: „Die Bedenken der Parteigenossen“. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Arbeitervereine des 12. Verwaltungsbezirks. Der letzte Parteitag des Herr. Dr. Kahlert über „Erbteilung der Parteigenossen“ findet abends 8 Uhr im Rindfleischhof der Reichlichen Straße, Stübchenquartier, hant. Schöneberg-Bezirk. Die Funktionäre werden für die Funktionärekonferenz am Sonntag und nachmittags in der Spielplatzstr. 40, abgehalten. Jeder Bezirk muß abholen lassen. Neufahrn, Brück, Rudow, Nauen. Abends 7 Uhr, Verhandlung im Rathaus. Die Bezirksleiter werden ersucht, Freitag und Sonnabend zwischen 4 und 6 Uhr beim Genossen Kaufmann kurz zu sprechen. Brück, 7 1/2 Uhr, im Lokal von Schröder, Chaussee-Ecke Franz-Köhner-Strasse. Sitzung sämtlicher Funktionäre. Merseburger, 8 Uhr, Volkshausgebäude, Zimmer 10, Sitzung des eragten Vorstands. Sieglitz, 1 1/2 Uhr, Sitzung der Kollationskommission bei Kauf, Sieglitzstr. 4.

Sonnabend, 5. März

11. Abt. 7 1/2 Uhr, Verhandlung bei Kollert, Hofmannstr. 24. Merseburger, 1 1/2 Uhr bei Kollert, Chausseestraße, Funktionärekonferenz. Alle Funktionäre werden gebeten, pünktlich zu erscheinen.

Sonntag, 6. März

Arbeiter-Ruderverein Köpenick. Vorm. 10 Uhr, Hauptprobe zur Jugendmeile im großen Saal der „Neuen Welt“. Alle Mitglieder müssen pünktlich erscheinen.

Bereinskalendar

Freitag, 4. März

Arbeiter-Gewerkschaften. Rathausgebäude in Neufahrn, Thomsenstraße (54), 1. Abt. Neufahrn.

Sonntag, 6. März

Hand der technischen Angehörten und Beamten. Mitglieder-Berlin, Weihenfer, Kollontaj-Spandauer, Berliner Allee 232, nachmittags 10 Uhr.

Geschäftliches

Zum Frühjahr veröffentlicht die bekannte Kleiderwerkstatt **Wass & Sohn** in Neu-der Chausseestr. 23-24, eine Reihe ihrer in eigener Werkstatt hergestellten Kleiderstücke. Die Firma legt großen Wert darauf, festzustellen, daß ihre Erzeugnisse sich nicht nur durch guten Schnitt und gleichmäßige schöne Verarbeitung auszeichnen, sondern, was heutzutage sehr wichtig ist, durch niedrige Preisberechnung.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kahlert, Berlin. Verantwortlich für den Verlagsanteil: Ludwig Kahlert, Berlin. — Verlags-gesellschaft: „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin. — Druck der „Freiheit“: Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Berlin Straße 24.

Demnächst erscheint:

Handbuch für Betriebsräte

Von Rudolf Werk, Arbeitersekretär

10.— Mark

für Betriebsräte, Gewerkschaften, Organisationen (im Buchhandel 15.— Mark)

Bestellungen wolle man sofort aufgeben!
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin G 2, Breite Str. 8-9

Die Frühjahrskleidung

Erstklassige Erzeugnisse unserer eigenen Werkstätten, die nach den neuesten Modellen gefertigt sind

Paletots auf Taille gearbeitet, mit Hakenschlitz M. 850, 900, 750, 600
Sportpaletots aus Covercoat in verschiedenen Ausführungen, mit Blenden besetzt, oder Kappkragen M. 1100, 1000, 950, 900,
Schlüpfer und Raglans in englischen Modern, mit hochgestellten Kragen, kurz gehalten, ohne Gürtel . . . M. 950, 800, 750,
Gummimäntel in guter Qualität, glatt geklappt Covercoat oder Double, in mannigfaltigen Ausführungen . . . M. 800, 750, 600, 550, 450, 370,
Cufaway und Weste aus sehr gutem schwarzem und marrocco Cheviot; beste Verarbeitung, eleganter Sitz . . . M. 1000, 950, 800,

Anzüge, Serie I außergewöhnl. Leistung, in all. modern. Fasonen, vielen Mustern u. Farbentstell.; Latten Herrensgrün, auch schlank u. unterteilt vorr. M. 690
Anzüge, Serie II aus sehr gutem Stoff, ganz modern auf Taille und mit Hakenschlitz gearbeitet M. 780
Anzüge, Serie III aus blauem verästlichen Kanngarn M. 825
Sport-Anzüge stabil, aus gutem gemusterten Stoffen in modernster Verarbeitung M. 725
Knaben- und Jünglings-Anzüge in allen Preislagen und verschiedenen Fasonen vorrätig.

Anfertigung nach Maß; eleganter Sitz, erstklassige Verarbeitung! Stoffverkauf an Schneider und Privat.

Nur eine Verkaufsstelle

Baer Sohn

Keine Filialen mehr

Nur Chausseestrasse 29-30 Nur



Münzstr. 24
Erste Etage

BERLOWITZ

Münzstr. 24
Erste Etage

Herrenstiefel Goodyear Welt 149.—